

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 9. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die sechsstelligen Anzeigen, welche über deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereinigungen und Veranlassungen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgebundene) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die gelbe Gefahr.

Der großartige Sieg, den Japan bei Kiautschow über die russische Hauptarmee erfochten und der die militärische Tüchtigkeit dieses machtvoll aufstrebenden ostasiatischen Staates allen Zweifeln einbringlich dargethan hat, hat in den Kreisen der europäischen Welt machtpolitisch begreiflicherweise große Erregung hervorgerufen. Es liegt nunmehr auf der Hand, daß die Zeit zu Ende ist, wo die alten Kulturstaaten Ostasien als Sammelpfad ihrer weltpolitischen Abenteuerlust betrachten konnten. Japans Sieg wird unzweifelhaft für die ganze fernere Entwicklung Ostasiens von der größten Bedeutung sein. Wenn sich auch Japan nach seinem wahrscheinlichen endgültigen Siege über Rußland damit begnügen müßte, sich die Oberherrschaft über Korea und die Halbinsel Kiautschow zu sichern, so wird es damit doch gleichzeitig eine Machtposition gewonnen haben, die ihm ermöglicht, jeder europäischen Eroberungspolitik in China entgegenzutreten, denn Japan wird natürlich fortfahren, seine militärischen und maritimen Rüstungen mit aller Energie fortzusetzen und dadurch seine Großmachtsstellung auf eine sichere Basis zu stellen.

Aber auch davon abgesehen, wird Japans Riesenerfolg nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung Chinas bleiben. Schon jetzt zeigt sich der gewaltige Eindruck, den Japans rüstiges Aufwärtstreben auf China hervorgebracht hat darin, daß China die Ausbildung seiner Truppen nicht mehr wie früher europäischen Instruktoren überläßt, sondern, daß es seine militärischen Vorbilder aus Japan bezieht. Auch sonst wird China aller Voraussicht nach fernere Anregungen zur kulturellen Entwicklung nicht mehr von Europa empfangen, sondern auf dem Wege über Japan.

Man darf selbstverständlich nicht glauben, daß China ebenfalls eine rasche Kulturentwicklung im europäischen Sinne nehmen wird wie Japan. Das kleine Inselreich Japan stellte ökonomisch und politisch immerhin einen Einheitsstaat dar, dessen Organisation im europäischen Sinne verhältnismäßig leicht erfolgen konnte. China dagegen ist ein Riesereich, in dem von einer auch nur einigermaßen vorwandten zentralistischen Organisation des Staatswesens keine Rede sein kann. Abgesehen von dem Völkerkonglomerat, aus dem der chinesische Staat besteht, ist auch die ganze wirtschaftliche Struktur des kolossalen Landes noch eine derartig patriarchalische, daß eine Zentralisierung im Sinne moderner Staatsgebilde vor der Hand den gewaltigsten Schwierigkeiten begegnet. Erst wenn durch ein ausgedehntes Eisenbahnnetz die einzelnen Teile des Landes enger mit einander verbunden sein werden, erst wenn durch dieses Eisenbahnnetz die altertümliche Produktionsform Chinas der modernen Industrialisierung verfallen sein wird, erst dann wird es auch möglich sein, durch eine straffe Zentralisation des Beamtenwesens den Einheitsstaat herzustellen, erst dann wird es auch möglich sein, daß China gleich Japan sich ein starkes, wohlorganisiertes modernes Heer schafft, das nach außen hin der Macht des Landes Ausdruck giebt.

Wenn deshalb auch die Kulturentwicklung Chinas nicht ebenso mit Siebenmeilenstiefeln vor sich gehen wird, wie in dem japanischen Wunderlande, so wird sich doch immerhin diese Entwicklung in einem weit kürzeren Zeitraum zu vollziehen vermögen, als man bisher anzunehmen geneigt war. So lange lediglich die Staaten der weißen Rasse die Erschließung des Landes versuchten, mochte eine solche Erschließung bei der Massenabneigung auf große Schwierigkeiten stoßen. Da nun aber jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach Japan, die nahe verwandte Rasse und das Volk mit verwandter Kultur, diese Erschließungsarbeit übernehmen wird, ist mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß die Entwicklung Chinas sich in einem rascheren Tempo vollziehen wird.

Das alles aber ergibt sich aber, daß die europäischen Kulturstaaten nicht hoffen dürfen, noch länger in Ostasien jene räuberische Räuberpolitik betreiben zu können, die sie dort bisher betrieben haben. Sie werden mit der neuen Weltmacht Japan und dem sich langsam auflösenden China zu rechnen haben. Nicht mehr eine brutale Eroberungspolitik wird in Ostasien auf Erfolge hoffen dürfen, sondern nur eine vernünftige Politik des friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerbes.

Diese Veränderung der ostasiatischen Lage ist auch unsern bürgerlichen und weltpolitischen Blättern nicht entgangen, und sie hat allem Anscheine nach wenig Befriedigung hervorgerufen. Befinden wir uns doch in der Ära der Weltpolitik, im Zeitalter des Wettbewerbes kolonialer Eroberungswut. Statt verständigerweise das Mittel der friedlichen Eroberungspolitik durch den Handel vorzuziehen, hat man sich auf den kostspieligen, unsicheren Sport planloser Eroberungen geworfen. So hat man sich namentlich auch in Ostasien festgesetzt, in der Hoffnung, von dem ungeheuren China einen möglichst großen Teil des Landes an sich bringen zu können. Da diese Ausflüchte auf eine Aufteilung Chinas durch die japanischen Erfolge geschnitten sind, ist man ergrimmt über die Frechheit der Japaner, ebenfalls zu einer Weltmacht aufzusteigen zu wollen. Man fürchtet, und wohl nicht ohne Grund, daß die Zeit nicht mehr fern sein wird, wo die Parole „Asien den Asiaten“ nicht mehr nur ein feiner Wunsch, sondern eine unerbitliche Tatsache sein wird. Man sieht die Zeit nahen, wo die Japaner sich ebenfalls ihre Monroedoktrin schaffen und wo sie deren Geltung auch erzwingen werden.

Schon vor einiger Zeit, als in den Blättern zum erstenmal das Gespenst der gelben Gefahr heraufbeschworen wurde, wiesen wir darauf hin, daß es die europäischen Staaten selbst gewesen seien, welche diese Gefahr erzeugt hätten. Hätte die kapitalistische Profitgier nicht vermittelst der Schiffslanonen Japan gezwungen, Europa und Amerika seine Häfen zu öffnen, so würde sich die Entwicklung Japans nicht vollzogen haben. Japan hätte dann nicht die Russen geschlagen und sich zu

einer Weltmacht emporgeschwungen. Da aber nun einmal die kapitalistische Expansionspolitik diese Tatsache geschaffen hat, so ist ungeheuer thöricht, sich über die Japaner zu entrüsten, die nur mit Hilfe der Europäer das geworden sind, was sie jetzt sind. Man sollte sich deshalb ruhig und gefaßt mit den einmal gegebenen historischen Tatsachen abfinden und seinen Ingrimm verbergen, der ja nur die Asiaten veranlassen kann, ihre Rüstungen mit größerer Intensität fortzusetzen.

Aber soviel Besonnenheit darf man eben unserer politischen Presse nicht zutrauen. Wir begegnen daher in den verschiedensten Blättern allerhand Kräfte, in denen abermals die „gelbe Gefahr“ erdört wird, ohne daß man doch ein Mittel anzugeben wußte, wie dieser „gelben Gefahr“ zu begegnen sei. So ist es namentlich die „Kreuz-Zeitung“, die sich in verschiedenen Nummern mit diesem Thema beschäftigt hat. Die „Kreuz-Zeitung“ begehrt sogar die Lächerlichkeit, die „gelbe Gefahr“ mit der „judenliberalen Weltanschauung“ in Verbindung zu bringen! Als ob es nicht auch das doch sicher „judenliberale“ „Berliner Tageblatt“ gewesen wäre, das vor einigen Monaten vor der gelben Gefahr gezittert hatte! Es ist dem auch gar nicht wahr, daß die liberale Presse besonders lebhaft für Japan Partei ergriffen habe. Die einzige Presse, die fast ausnahmslos zu Ungunsten Japans Stellung genommen hat, ist die sozialdemokratische Presse gewesen, und diese Presse ging dabei wesentlich von der Auffassung aus, daß, abgesehen von der wohlverdienten Züchtigung, die dabei dem raubhäftigen Japans zu teil werde, ein Sieg Japans dazu beitragen müsse, den reaktionären russischen Absolutismus zu brechen. Von einer einseitigen Verherrlichung Japans war in der sozialdemokratischen Presse gar keine Rede, wenn auch die sozialdemokratischen Blätter nicht umhin konnten, die staunenswerten Intelligenz und kulturelle Entwicklungsfähigkeit der Japaner anzuerkennen. Sehr begreiflich ist es allerdings, daß gerade unsere reaktionäre Presse, die verumtlich auch für die Aufrechterhaltung des Japans zittert, die japanischen Erfolge schon deshalb bedauert, weil sie die brutale Selbstherrlichkeit des Japans zu erschauern drohen.

Wemerkenswert ist übrigens, daß die russische Regierungspresse behauptet, die Sympathien des deutschen Kaisers ständen vollständig auf Seite der Russen. So erzählt der bekannte russische Publizist Fürst Meshchersky im „Grafhdania“, daß der deutsche Kaiser nicht nur aus persönlicher Zuneigung den Russen den Kriegserfolg wünsche, sondern auch aus Sympathie für die Aufgabe dieses Krieges, die darin bestehe, die wachsende Kraft der gelben Rasse zu brechen. Dieser Gedanke, den er in seinem berühmten Werke mit dem chinesischen Drachen darstellte, wiederhole sich auch in seinen Ansichten über den russisch-japanischen Krieg.

Wir wissen nicht, ob diese Behauptung des Fürsten Meshchersky irgend welche Unterlage besitzt. Jedenfalls sehen wir aber, daß sich Blätter wie die „Kreuz-Zeitung“ diese Gedankengänge zu eigen gemacht haben. Die „Kreuz-Zeitung“ beruft sich übrigens auch auf ein englisches Blatt, auf die „Daily News“, die gleichfalls den russisch-japanischen Krieg von dem Gesichtspunkt eines Konflikts zwischen Ost und West betrachtet. Man dürfe sich nicht der Tatsache verschließen, daß der Sieg Japans ein Sieg Asiens über Europa bedeuten würde, wie er seit der Einnahme von Konstantinopel nicht zu verzeichnen gewesen wäre. Wenn die Russen aus Asien vertrieben würden, könne man dann annehmen, daß die Indier nicht wünschen würden, die Engländer aus Indien zu vertreiben? Der gegenwärtige Krieg sei ein Zusammenstoß von russischem Imperialismus und japanischem Imperialismus.

Wir haben ja eingangs dargelegt, daß auch wir die Tragweite eines japanischen Sieges keineswegs unterschätzen, aber wir müssen doch entschieden bestreiten, daß der Sieg Japans einen Sieg Asiens über Europa bedeuten würde. Er bedeutet lediglich einen Sieg des zum nationalen Selbstgefühl und nationalen Kraftbewußtsein erwachenden Asiens über europäische Raubgelüste, und ein solcher Sieg bedeutet durchaus keine Bedrohung der europäischen Kultur, durchaus keine Bedrohung „unserer heiligsten Güter“, sondern eine durchaus begründete geschichtliche Entwicklung.

Wir können uns nur freuen, wenn durch den Stärkezuwachs Japans und die Entwicklung Chinas der ostasiatischen Weltpolitik der europäischen Mächte ein recht starker Riegel vorgeschoben wird, bedeutet doch diese weltpolitische Raubpolitik durchaus keinen Fortschritt wirklicher Kultur, sondern nur einen brutalen Ausbruch kapitalistischer Raubhäftigkeit.

Von einer gelben Gefahr kann also in Wirklichkeit gar keine Rede sein. Es ist gar nicht daran zu denken, daß Asien sich einfallen lassen könnte, nun auch umgekehrt die alten kapitalistischen Staaten Europas und Amerikas seinerseits durch eine Expansionspolitik zu bedrohen. Dazu ist dem doch die Kraft dieser alten Staaten eine viel zu große. Die Japaner haben ja schon gegenüber dem durch und durch korumptierten Rußland erfahren müssen, mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten ein Kampf gegen europäische Heere verbunden ist. Sie werden sich damit begnügen, die Angriffe der alten Kulturstaaten gegen Ostasien abzuwehren.

Von einer gelben Gefahr kann auch insofern keine Rede sein, daß nunmehr China und Japan ihre Absatzmärkte der europäischen Zufuhr völlig verschließen würden. Die tatsächlichen Verhältnisse beweisen ja, daß die wichtigsten Handelsstaaten die größten Ausfuhrmengen nicht nach noch unultivierten Staaten verschicken, sondern gerade nach denjenigen Staaten, die kulturell und industriell bereits die höchste Stufenleiter erklimmen haben. So wird es auch in Ostasien sein. Je rascher der Fortschritt zur modernen Industrialisierung in Ostasien vor sich gehen wird, desto rascher werden sich auch die Handelsverbindungen Europas mit Ostasien entwickeln. Daß die ostasiatische Politik fortan in friedlichem Wettbewerb bestehen wird und nicht in weltpolitischer Räuberpolitik, die Riesensummen ver-

schlingt und weltpolitische Konflikte heraufbeschwört, aber handelspolitisch verteuert wenig einträgt, ist nur mit aller Genugthuung zu begründen.

Von einer gelben Gefahr können also nur solche Leute reden, die kein andres Mittel der nationalen Bereicherung kennen, als die brutale Unterdrückung fremder Nationen und Rassen. Gerade wir Sozialdemokraten aber, die wir auf dem Standpunkte der friedlichen internationalen Entwicklung stehen, die wir vom friedlichen Wettbewerb auf allen Gebieten des materiellen und geistigen Fortschritts den Fortschritt der Kultur erhoffen, gerade wir können mit doppelter Genugthuung auf die Entwicklung blicken, die die Ereignisse in Ostasien genommen haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. September.

Spahn gegen den Zolltarif!

Als ein Gewehr, das nach rückwärts losgeht und den Schützen trifft, bezeichneten wir den neuen Zolltarif, der in den Dezembermärkten des Jahres 1903 geschaffen wurde. Die Sozialdemokratie hat die Gesetzgebung dieses unmöglichen Tarifs auf das äußerste bekämpft, die bürgerlichen Parteien betrachteten ihn keineswegs als ein Musterwerk und waren uneins und gespalten. Da war es Herr Spahn, der den Eulenhut aus dem Schrank nahm, zum Grafen Bälouief und mit diesem und den konservativen und liberalen Parteiführern das große Werk der Einigkeit schuf, das uns jetzt als beschlossenes Gesetz vorliegt. Als die Sozialdemokratie auch diesen Entwurf durch sachliche Einwände bekämpfte, da war es wieder Herr Spahn, der als Helfer der Geschäftsordnung die Beratung gulkollierte und dem Entwurf durch einen unverhüllten Gewaltstreich zur Annahme verhalf.

Und jetzt hat derselbe Herr Spahn in seinem Wahlkreis eine Rede gehalten, in der er die Unbrauchbarkeit des neuen Zolltarifs offen zugestand. Nach dem jetzt veröffentlichten Wortlaut seiner Rede hat Herr Spahn wörtlich gesagt:

Der Zolltarif ist gar nicht so eingerichtet, daß er ohne Handelsverträge unverändert in Wirksamkeit treten könnte.

Dieses Geständnis bedt sich vollkommen mit den Ausführungen, die die nationalliberale Partei in ihrer offiziellen Reichstags-Wahlschrift im Mai 1903 machte. Auch dort wurde der Abschluß von neuen Handelsverträgen als dringend notwendig bezeichnet, weil der neue Zolltarif total unbrauchbar sei und seine Inkraftsetzung binnen wenigen Wochen zu Hungersnot und Rebellion führen müßte.

Durch dieses doppelte Zeugnis wird es vollkommen klar, welche Anteil die Brotwucherer zur Durchsetzung ihrer Forderungen gewählt haben.

Als eine Waffe im Kampfe gegen das Ausland wurde der Zolltarif der Bevölkerung empfohlen. Das war eine bewährte und völlig sinnlose Unwahrscheinlichkeit. Denn — was wir damals immer und immer wieder wiederholten — wie kam ein Zolltarif, der gar nicht in Kraft gesetzt werden kann, ohne daß dadurch die deutsche Volkswirtschaft dem Ruin zugeführt würde, eine Waffe gegen das Ausland sein? Seit wann fürchtet man sich vor Pistolen, von denen man weiß, daß sie nicht losgehen können? Was verhindert das Ausland, auf das unsinnige Spiel einzugehen, und — wie es richtig gesehen ist — die Wirkungen der „Waffe“ dadurch auszugleichen, daß es auch seinen autonomen Zolltarif in das phantastische übersteigert?

Jetzt aber zeigt es sich klar, wozu die Brotwucherer diese Waffe gebraucht haben. Nicht dazu, um dem Auslande zu drohen, sondern um dem eignen Volke die Pistole an die Brust zu setzen. Brotwucherische Handelsverträge, mögen ihre Lasten für das Volk noch so groß sein, sollen jetzt als das kleinere Übel erscheinen. Die sich vor zwei Jahren mit dem Entwürfe eines unmöglichen Gesetzes als die wahren Volkstreue drapierten, gebärden sich jetzt wieder als die wahren Volkstreue, indem sie das Volk vor den verheerenden Wirkungen dieses Tarifs reiten zu wollen vorgeben, und mit der Drohung, diese Wirkungen könnten sich doch am Leibe des deutschen Volkes erproben, ihre eigentlichen Brotwucher-Absichten durchsetzen wollen.

Die freisinnige Volkspartei, die sich um das Zustandekommen der „Waffe“ große, von den Konservativen hochgerühmte Verdienste erworben hat, wird der Gefolgschaft des Brotwuchers auch jetzt nicht untreu, wo die expressen Absichten der Waffenschmiede offenbar werden. Die Sozialdemokratie aber, der Vangemachen nie gekollert hat, fürchtet auch nicht den Niedertwischen dieses unmöglichen Zolltarifs und giebt, so lange der Kampf nicht zu Ende ist, nicht ihre gute Absicht auf, der Sippe von Kröcher bis Richter, die Waffe, mit der sie das Volk bedrohen, um die eignen Ohren zu schlagen. Es ist unmöglich, auf Grund eines unmöglichen Zolltarifs mögliche Handelsverträge zu machen!

Kreisblatt-Geschimisse

plaudert in der „Frankf. Ztg.“ ein ehemaliger Kreisblatt-Redakteur aus. Der Kernnis war durch die Verhältnisse gezwungen, lange Jahre in einem westdeutschen Kreisblättern für das dortige Kreisblatt die politische Kost zuzubereiten. Der eigentliche Chefredakteur war natürlich nicht etwa er, auch nicht einmal der Verleger, wie das sonst in kapitalistischen Zeitungsbetrieben der Fall zu sein pflegt, sondern der Herr Van Drat, ein Junker von reinster Agrarfarbe, der den Redakteur kommandierte und schürigelte, wie den ersten seiner Bureaukulis. Der ehemalige Kreisblatt-Redakteur erzählt:

Es war die Zeit der Reichstagswahlen, die Sozialdemokratie hatte einen Erfolg errungen,

der die reichs- und bibelreinen Thron- und Altarstühle aus allen Himmeln fallen ließ. Während alle Welt betonte, wie trefflich das herrschende Regierungssystem an dem Erfolge der Wahlen mitgearbeitet, gingen die „Stimmen“ vor der Öffentlichkeit mit höherer Phrasendrescherei über den Reifall hinweg. Innerlich jedoch warnte es die Herzen fürchtbar. Schließlich kam man auf den Gedanken, daß doch irgend jemand an dem betrübenden Ergebnis Schuld tragen müsse. Endlich hatte man den Krügelmann gefunden. Er nannte sich das „Amtliche Kreisblatt“. Daraufhin erhielt ich die süßliche Einladung zu einer Besprechung mit dem Herrn Landrat und wurde von diesem ziemlich ungnädig empfangen. „Ich muß Sie wirklich bitten, Herr Redakteur, setzen Sie die Socialdemokraten einzuhalten. In der jüngsten Reichstagswahl haben diese gegen früher allein in unserem Kreise über 300 Stimmen gewonnen. Sie müssen das Volk mehr bearbeiten. Vor allen Dingen bitte ich Sie, Majestät und Regierung in ein schlechtes Licht zu stellen.“ Als ich eine Erwiderung sammelte, hieß es: „Wenn Sie das nicht wollen oder können, müssen wir uns eben den geeigneten Mann dazu suchen.“ Damit konnte ich den heimlichen Renoten zuteuern. Das Schreckgespenst der Stellenlosigkeit und die bevorstehende Vergrößerung meiner Familie lehrten mich die bittere Pille schlucken, und ich parierte.

Der politische Horizont, dessen erleuchtende Strahlen täglich auf meine bedauerndwerte Leberstrahlen scheinen sollten, ward mir in Form der Schweinburgschen „Neuen Reichs-Korrespondenz“, die mir täglich gratis auf den Redaktionsstisch flatterte, vorgezeichnet. Diese manchmal mehr als alberne Ausrufworte wichtiger politischer Ereignisse im Sinne der Regierung war das Zeitpferd meiner politischen Tätigkeit. Wehe mir, wenn ich einmal einen Seitenprung machte, der meinem hohen Gebieter nicht gefiel. Sofort drohte man mir mit Kündigung und sprach von „unerklärlicher, reichsfeindlicher Haltung“. Mir passierte es ein, daß ein Artikel, den ich der gewöhnlichen „Kölnischen Zeitung“ entnahm, den Herrn Landrat demnach aufregte, daß er meinem Verleger den Kreisblatttitel entziehen wollte. Hatte Richter, Bebel oder sonst ein Linksstehender der Regierung im Parlament eine Abfuhr zu teil werden lassen, so war ich angewiesen, von diesen Reden mir zu enthalten, „daß die Herren Richter, Bebel usw. in ihrer üblichen Weise verurteilt hätten, den großen Eindrud der Regierungsbredner zu schmälern“.

In puncto Pötkerpolitik hatte man mir ebenfalls den Weg gezeichnet. Ich durfte über die Kostenfrage keine Ziffern bringen, da das Publikum in seiner Urteilsunfähigkeit in solchen Sachen leicht zu falschen Schlüssen kommen könnte. Interessant ist ferner die Tatsache, daß ich sogar gebeten wurde, „von dem Kindesuntersuchungs-Prozess Kwisleda so wenig wie möglich zu bringen, da die hier zu Tage tretenden Missethäter geeignet seien, andre Standespersonen in der öffentlichen Meinung herabzusetzen“.

Als im Pommerbank-Prozess die Mirbachiana Aufseherin erregte, wurde mir schließlich übermittelt, daß ich nur dann davon Notiz zu nehmen habe, wenn Mirbach selbst dazu Stellung genommen. Den Bisse- und Hüssener-Prozess mußte ich in seinen Einzelheiten gänzlich verschweigen, nur das Urteil durfte gebracht werden. Kriegsgeschieden-Verhandlungen sowie alle Gerichtsverhandlungen, in denen höhere Beamte hineingezogen wurden, bedurften zur Veröffentlichung im Kreisblatt der besonderen Erlaubnis des Herrn Landrates.

Auch von Parteipolitik weich ich ein Liedchen zu singen. Heute sandte man mir einen Artikel, der dem Centrum einen gelinden Tritt versetzte und morgen erhielt ich wieder die Weisung, einem Centrums-Vorschlage wohlwollende Förderung zu teil werden zu lassen. Als der § 2 des Jesuitengesetzes aufgehoben wurde, mußte ich darauf aufmerksam machen, daß die Triebfeder der Regierung der Wunsch gewesen sei, das veraltete Ausnahmegeretz aufzuheben, während kaum ein Jahr vorher mir derselbe Landrat den Befehl gab, gegen den damaligen Centrumsantrag Front zu machen. In meiner Tätigkeit als Kreisblatt-Redakteur verzeichne ich Fälle, bei denen ich heute amtlich dementieren mußte, was mir amtlich gestern zugegangen war. Auf mein Vorhalten wurde mir entgegnet, „daß die Regierung es so wünsche“.

Es ist ja kein Geheimnis, in welcher Weise auf Wunsch der Regierung das öffentliche Leben durch die Kreisblätter gefälscht wird, allein die Gesandnisse dieses ehemaligen Kreisblatt-Redakteurs beleuchten dies missliche System der Zensur jedenfalls sehr drastisch. Um dies skandalöse System der Anhebung und Verrückung der Presse durch amtliche Subventionen, die doch aus dem Säckel der Allgemeinheit fließen, in seiner vollen Schändlichkeit zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, wie viel solcher Kreisblätter es giebt, und daß in großen Gebieten des ganzen Landes, in den kleinen Städten und auf dem platten Lande, vielfach überhaupt kein andres Blatt gelesen wird, als das jeweilige Kreisblatt, das auf Befehl des Landrats alles zu unterfalschen hat, was der Regierung unangenehm und das alle Nachrichten, die es bringen darf, in cynisch gefälschter Darstellung bringen muß!

Auch eine „Flucht ins Ausland“.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Der Herr Geheimrat Hilger, der Direktor des Saargebietes, hat kürzlich eine Flucht in die Schweiz ausgeführt. Die großkapitalistische, arbeiterfeindliche und sozialistenfeindliche „Neue Zürcher Zeitung“ hatte seiner Zeit Artikel ihrer beiden Berliner Korrespondenten über den „berühmten“ Saarbrücker Prozess veröffentlicht, die ganz selbstverständlich nach Lage der Dinge den Herrn Hilger nicht im schönsten Lichte erscheinen ließen, sondern ebenso, wie er aus dem Prozess selbst hervorgegangen.

Herr Hilger wünscht jetzt, daß er im Auslande besser beurteilt werde als er ist, und darum brachte das genannte Zürcher Blatt einen spaltenlangen Beschönigungsartikel, in dem der Prozess, die Prozessberichte und die bezüglichen Artikel summarisch als „schwarze Wäsche“ abgethan werden. Da die gegenteiligen Thatsachen bekannt sind, erübrigt sich jede Widerlegung dieser leichten Art, unangenehme Dinge abzutun.

Von den wesentlichen Einzelheiten des Beschönigungsartikels mögen folgende erwähnt sein. Die von einem geistlichen Zeugen vor Gericht behauptete und durch das ganze Beweisverfahren im Saarbrücker Prozess erhärtete Thatsache, daß die Vergleute vor den Steigern erzittern, wird als „Unsin“ aus der Welt geschafft. Die Prügel, die ein Steiger einem Vergmann „über die untere Fortsetzung des Rückens“ gegeben und die nach der eidlischen Aussage desselben „nicht spürbar“ gewesen, werden als „Schertz“ erklärt, das nur auf ein vertrauliches Verhältnis zwischen Vergarbeiter und Vorgesetzten im Saargebiet schließen lassen!

In ähnlicher Weise werden andre, dem Geheimrat unangenehme Thatsachen „beseitigt“. Doran schließt sich eine Selbstverherrlichung durch das, was er früher in Zabrze gethan und nun im Saargebiet geleistet hat. Die Prozesse haben ergeben und das richterliche Urteil hat es festgestellt, sagt der Beschönigungsbericht, daß die Lage unserer Vergarbeiter gut ist, die Löhne ausreichend sind, ein „System“ der Bevormundung nicht besteht, daß Hilger in der Fürsorge für die 44 000 Vergleute kaum übertroffen werden kann, daß der Vorwurf der „Entziehung“ usw. wider bessere Wissen erhoben wurde. ... Und zum Schluß heißt es:

„Was sich also in Saarbrücken abspielt, ist nicht das Ringen einer niedergehaltenen Arbeiterschaft um ihre Rechte, sondern der Kampf eines ausgesprochenen, mächtig gemordeten Pfaffen-tums gegen die freiere Weltanschauung in Christentum und Politik, ein Kampf, der zur Zeit in ganz Deutschland tobt, im Saargebiet unter dem von den Geistlichen freudig emporgeschobenen Kreuzeszeichen aber mit ganz besonderer Gewalt aufgeflammt ist. Nur von diesem Gesichtspunkte aus kommt man zu einem richtigen Urteil über die Lage der Dinge.“

Kein Wort davon und kein Versuch der Rechtfertigung, daß das Vereinsrecht, das Versammlungsrecht, das Wahlrecht, das Recht, nach Belieben Zeitungen zu lesen und zu halten, Wirtschaften zu besuchen usw. für die Vergarbeiter im Saargebiet durch die dort herrschende Diktatur aufgehoben sind beziehungsweise nur insoweit bestehen, als diese es erlaubt!

Unter dem kapitalistischen Vespublikum des Zürcher Blattes mag der lässliche Beschönigungsbericht ja manche verständnisvolle und geistesverwandte Gläubige gefunden haben; vor der Kritik ist er aber in der Schweiz ebenso lässlich gescheitert, wie im Gerichtssaale zu Saarbrücken. Das „Saarsystem“ bleibt im Urteil der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes gerichtet. —

Deutsches Reich.

Der Polizeiminister v. Hammerstein soll — wie August Scherl erfährt — tatsächlich ausgerangiert und durch den Oberpräsidenten von Hannover, Bengel, ersetzt werden.

Das Organ August Scherls rächt sich für seine Däpierung in der Verlobungsangelegenheit des Kronprinzen mit der bisshigen, fast „anarchistischen“ Bemerkung:

„Unser Gewährsmann fügt hinzu, daß die Ernennung Dr. Bengels schon in den nächsten Tagen amtlich bekannt gemacht werden wird. Dabei darf man jedoch nicht außer acht lassen, daß derartige Personalfragen häufig noch in letzter Stunde eine andre Lösung finden, als selbst in „unterrichteten Kreisen“ angenommen wird.“

Herr Scherl nimmt blutige Rache dafür, daß „man“ ihn am vorigen Sonnabend von der Verlobung des Kronprinzen nicht rechtzeitig in Kenntnis gesetzt hat, ja sogar ihn in die Irre geführt hat. Die obige Notiz ist nichts weniger wie eine zielbewußte Drohnote. Wenn man ihm keine Informationen giebt, so geht Scherl mit seiner ganzen Herde Abonnenten in die Opposition über.

Solche Schwenkung hat Scherl auch schon früher einmal gemacht, als er sich von den Informationsbehörden schlechter behandelt glaubte als Rudolf Wisse. Sofort brachte er ein paar boshafte Bemerkungen gegen die Regierung. Das half. Scherl wurde wieder genügend gestüttet. Mag's auch diesmal nützen! —

Von einem Triumph des monarchischen Gedankens durch die Hamburger Truppenrevue saßelt die Schweinburgsche Korrespondenz:

„Wieder einmal haben die Schilderungen über den begeisterten Empfang des Kaisers, über die lebhaftige, freudige Anteilnahme an den Einzelheiten der Parade das Ausland, das bereits anfängt, über die traurige Erscheinung der deutschen Parteipolitik zu höhnen, darüber aufgefressen, daß allen Entstellungen und Verleumdungen zum Trotz das deutsche Volk hinter seinem Kaiser steht und mit althergebrachter Vorliebe und gerechtem Stolz an allem hängt und für alles zu haben ist, was dazu dient, die deutsche Wehrmacht zu erhalten und zu stärken. Für jeden objektiven Beobachter war dies der freundlichste und erfreulichste Eindrud der Hamburger Feste.“

Hat denn Herr Schweinburg jemals daran gezweifelt, daß die Hamburger Wessersäde trotz ihrer „Republik“, die bekanntlich die bösartige Weidachrepublik darstellt, die sich denken läßt, nicht bis auf die Knochen monarchisch seien?

Was hat denn aber der monarchische Gedanke der Ballin und Konforten mit der Stimmung des Volkes zu thun?

Es sind ja im Ansehn an die „glühende“ Truppenschau drei Regimenter „Hamburg“, „Bremen“ und „Lübeck“ genannt worden. Die monarchisch geführte das Volk dieser drei Hansestädte ist, ergiebt sich schon daraus, daß im vorigen Jahre in Hamburg 100 000, in Bremen 25 000 und in Lübeck 11 000 socialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, so daß alle drei Städte ausschließlich durch Socialdemokraten vertreten sind. Da wir ja aber auch bereits ein Kriegsfahrzeug „Vorwärts“ besitzen, haben wir gegen die Laufe der drei Regimenter nichts einzuwenden. —

„Sewero-Germanskaja Wschoßtschaja Gazeta“. Für eine deutsche Zunge sind die Worte, die wir als Spitzmarke gesetzt haben, zwar etwas schwierig, aber man wird sich über müssen, diese Laute zu beherrschen. Denn das deutsche Regierungsblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die übrigens von einem zwar nicht mit Hühndänger, aber dafür mit Quano handelnden Aufsichtsrat Vallins unterhalten wird, hat sich, wie wir hören, entschlossen, künftig ihren Titel ins Russische zu übersetzen und sich so zu nennen, wie wir oben angegeben haben, um bei Wäterschen keinen Zweifel mehr an der Ergebenheit des Grafen Wilow aufkommen zu lassen.

Wir wissen, daß die „Sewero-Germanskaja Wschoßtschaja Gazeta“, deren Chefredakteur auch aus Rußland gebürtig ist, mit Behohe verzweifelt läßt und mit dem Jarewitsch jauchzend sabbert. Jetzt lernen wir aber auch die besondere russische Richtung des deutsch-russischen Regierungsorgans kennen.

Wir haben in der gestrigen Nummer den Artikel der „Nowoje Wremja“, des Organs der russischen Aristokratie wiedergegeben, in der die Verzeihungsstimmung Rußlands geschildert war und Reformen an Haupt und Gliedern gefordert wurden. Dieser unter der russischen Censur gedruckte Artikel hat die Berliner Regierungscensur nicht passiert. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ — Verzeihung! — die „Sewero-Germanskaja Wschoßtschaja Gazeta“ giebt nur die einleitenden, als Vorwand benutzten Albernheiten des Petersburger Blattes über die „gelbe Gefahr“ wieder, bricht aber dort ab, wo die entscheidenden Ausführungen beginnen; die Schilderung der düsteren Stimmung in Rußland, die Forderung grundlegender Reformen. So etwas darf nur in Petersburg, nicht in Berlin gesagt werden.

Man sieht: das Berliner Organ des gesamt-österreichischen Jarewitsch nimmt keine Stellung auf dem äussersten rechten Flügel der russischen Presse; es findet schon hochverrätherisch, was die „Nowoje Wremja“ drucken lassen darf. —

„Sehr empfehlenswert“. Aus der „Kölnischen Zeitung“ über den „Mißbrauch des Reichstags-Wahlrechts“ durch die Socialdemokratie“ citiert die „Konservative Korrespondenz“ eine Zusammenstellung, aus der hervorgeht, daß das Wahlrecht in sämtlichen europäischen Kulturländern (einschließlich Frankreichs!), in denen eine Arbeiterbewegung in Betracht kommt, viel weniger frei und viel mehr beschränkt ist als in Deutschland.

Wir sind viel zu vaterlandlos, um es ertragen zu können, so fürchterlich in der Welt voran zu sein. Wir sind also bereit, auf diesen Vorzug zu verzichten und erklären uns bereit, mit dem französischen Wahlrecht vorlieb zu nehmen. Wir nehmen an, daß also die Wahlrechts-Änderung, die von den Konservativen geplant wird, die Einführung des französischen Systems sein wird. —

„Das Reich“ Stöcker. In Berlin ist die Probenummer eines „neuen nationalen Volksblatts“ erschienen, das die bantrotte Firma der „Christlich-socialen Bewegung“ wieder aufleben lassen will.

Das Blatt empfiehlt sich durch folgende Notiz: „Die Verlobung unsrer ritterlichen Thronerben mit dem temperamentvollen edlen Blute aus dem treu-erangelischen Stamme Herzog Niklows drängt für den Augenblick alles andre zurück. Mit brausendem Goch wurde die Nachricht

Sonntagabend in manchem Berliner Gasthause begrüßt — viel stille und heiße Gebete werden in diesen Tagen zu Gott dem Herrn aufsteigen, daß er das junge Paar und mit ihm unser deutsches Volk segnen wolle.

Als ein froher Nachklang des Sedantages durchheilt diese Nachricht von der Verlobung des künftigen deutschen Kaisers die deutschen Gauen und drängt alle schweren Vorkämpfer aus dem fernem Osten zurück.“

Für Erfolg bei Fortsetzung solcher sehr stillen Betrachtungen leisten wir jede Garantie! —

Verwaltungs-Vorschläge für Südwestafrika.

Der Sprecher der Abordnung, welche die südwestafrikanischen Küstländer in der Entschädigungsfrage nach Deutschland gesandt haben, Herr Erdmann-Haris, führt in der „Deutschen Kolonialzeitung“ aus, daß bei der nach Niederwerfung des Herrero-Aufstandes zu erwartenden Neuordnung der Dinge im Schutzgebiet die folgenden Veränderungen anzustreben seien:

1. Die Verwaltung soll einem Civilgouverneur als Vertreter des Kaisers unterstehen, dem ein ihm sonst untergeordneter, aber in Bezug auf die technisch sachgemäße Ausführung etwaiger Operationen nur seinen militärischen Behörden verantwortlicher Schutztruppen-Kommandeur beigegeben ist. Dadurch soll der Mißstand vermieden sein, daß der größte Teil des Schutzgebietes vernachlässigt werden mußte, sobald der Gouverneur genötigt war, in irgend einen Teil der weiten Kolonie zur Unterwerfung von Unruhen eines Eingebornen, ... zu Felde zu ziehen.

2. Es soll nur das Beste und zuverlässigste Beamtenmaterial hinausgeschickt und dieses zunächst in einem praktischen Vorbereitungsdienst seine Qualifikation erweisen.

3. Die bisherige Verpflichtungszeit der Beamten für den Dienst in der Kolonie von drei Jahren ist auf sechs Jahre auszudehnen.

4. Der Bevölkerung des Schutzgebietes ist ein gewisses Maß von Selbstverwaltung einzuräumen, indem man den einzelnen Bezirken in ihren örtlichen Angelegenheiten unter Mitwirkung der Bezirksräte eine möglichst uneingeschränkte Selbstverwaltung gewährt, deren Organ ein aus Wahlen hervorgegangener Bezirksrat zu sein hätte. Ebenso wäre dem Gouverneur für Maßnahmen von allgemeinem Landesinteresse ein Veto mit beabsichtigender Stimme zur Seite zu setzen, in den jeder Bezirksrat ein Mitglied abzuordnen hätte. Den Beschlüssen des Bezirats gegenüber soll dem Gouverneur ein Veto, dem Veto des Gouverneurs gegenüber die Berufung an den Reichsanzler zustehen.

Wir zweifeln daran, daß selbst wenn diese Vorschläge angenommen werden sollten, die Entwicklung unserer südwestafrikanischen Schmerzenskolonie eine gedeihliche sein wird.

So selbstverständlich die Forderung der Selbstverwaltung ist, so stelle doch bisher die bürokratische Verwaltung noch einen, wenn auch schwachen, Schutz der Eingeborenen dar, deren Menschenrechte die Mehrheit der Farmer und Händler schwerlich anzuerkennen geneigt sein wird. Der Fall Groeneveld beweist nichts. Groeneveld war eben eine Ausnahme, sonst wären die skandalösen Zustände der Gefängnisse in Südwestafrika schon längst an den Pranger gestellt worden. —

Sehr berechtigt klingt auch die Forderung, daß nur das Beste und zuverlässigste Beamtenmaterial, das sich auf sechs Jahre verpflichten läßt, Verwendung in der Kolonie finden dürfe. Es fragt sich nur, ob ein solches Beamtenmaterial bereit sein wird, sich auf sechs Jahre hinaus nach einer so trostlosen Kolonie verbannen zu lassen! Bisher gingen nur Karrierehändler und geschätzte Existenzen dorthin — ob das so leicht anders werden wird? Wenn das Herrenmenschen und die Vetterwirtschaft, ... was kann dann noch reizen, eine Einöde wie unsere westafrikanische Kolonie anzusehen?

Trotz aller Reformvorschläge, mögen sie sich noch so anführen, wird der Kolonialhammer schwerlich verstummen!

Ausland.

Schweiz.

Miliz und Arbeiterschaft. In der Schweiz war bisher zwischen dem Militär und dem Volke keinerlei tiefliegende Mißstimmung, noch scharf hervortretende Gegensätze zu bemerken. Handelt es sich doch um ein wirkliches Volksgesetz, das nur der Verteidigung des Vaterlandes dienen soll und in das jeder weisungsfähige Bürger, die socialdemokratischen nicht ausgenommen, mit Freuden eintrat, um seiner Bürgerpflicht zu genügen. Dies glückliche Verhältnis dürfte sich indes zum Schaden des Landes bald ändern, wenn die schweizerische Regierung fortfährt, durch Verwendung von Miliztruppen gegen Streikende die arbeitende Bevölkerung zu brüskieren. So hat der Centralvorstand des schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes den von uns mitgeteilten Antrag betreffend Dienstverweigerung bei Streiks seinen Sektionen zur Beschlussfassung unterbreitet. Es soll geprüft werden, ob nicht in den Gewerkschaften mit der antimilitärischen Propaganda zu beginnen sei und ob nicht die schweizerische Arbeiterschaft aufgefordert werden soll, an den freiwilligen militärischen Übungen, wie Schießübungen, Vorunterricht usw. bis auf weiteres nicht mehr teilzunehmen, sowie jede militärfreundliche Haltung innerhalb der Arbeiterschaft so lange zu belämpfen, bis die Regierungen von Truppenangeboten bei Streiks Abstand nehmen.

Italien.

Wieder ein blutiger Konflikt zwischen Soldaten und Streikenden.

Nom, 6. September. (Fig. Ver.) In Buggeru (Sardinien) haben vorgestern nachmittags Soldaten auf streikende Arbeiter geschossen. Die Salve wurde auf wenige Schritte Entfernung abgegeben und streckte drei Arbeiter tot nieder, während etwa 30 andre verwundet wurden. Die Nachricht wurde erst durch die gestrigen Abendblätter bekannt. Sie erhielten sie gestern gegen 4 Uhr nachmittags und gaben ein entsprechendes Telegramm an den „Vorwärts“ auf: den Streik berichtend, den Angriff der Truppen und die Zahl der Toten. Gegen 10 Uhr abends wurde uns mitgeteilt, daß in Gemäßheit der über den Telegraphenverkehr herrschenden Bestimmungen unser Telegramm nicht befördert werden könne. Wenn sich die Unglücksnachricht nicht bestätigt hätte, so wäre die Aufhaltung des Telegramms berechtigt gewesen. Leider ist sie aber Wort für Wort wahr und mußte dem Ministerium auch um die Stunde längst bekannt sein, obwohl die Zeitungen sie noch nicht gebracht hatten. Neugierig darf man sein, ob auch die Drahtberichte an bürgerliche Blätter aufgehalten wurden.

Aus Buggeru hat man folgende Einzelheiten über die Blutthat: In dem kleinen Ort Sardinien befindet sich ein Bergwerk, in dem silberhaltiges Blei gefördert wird. Die dort über Tag und unter Tag beschäftigten Arbeiter sind etwa 2800. Man pflegt ihnen am 1. Oktober für das Winterhalbjahr die Mittagspause von zwei auf eine Stunde herabzusetzen; dies Jahr erklärten sie, davon nichts wissen zu wollen, und legten, da die Bergwerksgesellschaft darauf bestand, am 3. September die Arbeit nieder. Selbst nach dem Bericht der „Tribuna“ verhielten sich die Streikenden ganz ruhig. Trotzdem forderten die Behörden aus Iglesias Militär. Am Nachmittag des 4. trafen zwei Compagnien Infanterie ein. Die Truppen sollten in einer großen Zimmerwerkstatt untergebracht werden. Als die Streikenden andre Arbeiter damit beschäftigt sahen, die Wohnung für die Soldaten zu räumen, forderten sie sie auf, diese Arbeit zu unterlassen und bewachen sie mit Steinen. Darauf machten die Truppen einen Bajonettangriff. Da die Steinwürfe fortdauernten, wurde plötzlich, ohne die üblichen drei Trompetenstöße zur Warnung auf die Kopf an Kopf vor den Soldaten stehende Menge

gefeuert. Von den drei am Boden liegenden Arbeitern war einer sofort tot, die beiden andern starben gleich darauf. Die Toten sind 31, 34 und 37 Jahre alt und sämtlich Bergleute. Es herrscht große Verwüstung im Ort; der Streik dauert weiter.

Wann wird man endlich einsehen, daß es eine verbrecherische Provokation ist, unter eine in voller Ruhe einen wirtschaftlichen Konflikt auslösende Arbeiterkraft bewaffnete Macht zu senden? Und wenn man schon mal Soldaten senden will, so schicke man nicht zwei Compagnien in einen Ort, in dem fast 3000 Arbeiter ausstehen. Es ist doch eine alte Erfahrung, daß die Truppen, sobald sie eine verschwindende Minderheit bilden, am ersten den Kopf verlieren und Exzesse begehen! Wie lange noch wird Unverstand und Schuld der Behörden den Boden mit Proletariatsleichen decken, wie lange noch werden die Proletarier im bunten Nothfisch zu dieser Blutarbeit hergeben? —

Rußland.

Allgemeiner Streik in Warschau.

Russisch-Polen, 1. September. (Sig. Ver.) Der Streik dauert unverändert fort, und die Arbeiter halten sich tapfer und solidarisches. Die Zahl der am Streik Beteiligten, die Handlanger und die jugendlichen Arbeiter einbezogen, wird auf über 9000 geschätzt. Im Gewerbe herrscht allgemeiner Stillstand. Die Zersplitterung im Maurergewerbe — es handelt sich selbstverständlich um zahlreiche in verschiedenen Teilen der Stadt gelegene Bauten — bereitet einer planmäßigen Leitung des Streiks und der Verständigung unter den Ausständigen beträchtliche Schwierigkeiten, aber dieselbe Ursache legt auch zu einem großen Teil die „Aktionsaktion“ der Polizei und der Gendarmen lahm, die auf den zahlreichen größeren und kleineren Arbeiterversammlungen nicht fertig werden können. In den letzten Tagen ist eine größere, etwa 1500 Köpfe zählende Versammlung zu verzeichnen, die hinter dem griechisch-katholischen Friedhofe in der Vorstadt S o l a stattfand, und an die sich ein großer Demonstrationzug mit roter Fahne, auf der sozialdemokratische Aufschriften prangten, unter Abhängen von Arbeiterliedern angeschlossen. Die Demonstration dauerte eine halbe Stunde. Eine andre Versammlung, die für 4 Uhr auf gestern in der Chlodnaitraße anberaumt war, ist von der Polizei verhindert worden. Das Aufgebot von Polizeimannschaften war diesmal sogar für die Warschauer Verhältnisse ungewöhnlich groß. Im Hofe des Wolster Spitals, am Ende der Chlodnaitraße, und in der nachlässigen Branerie waren zwei Kosakenabteilungen in Bereitschaft gehalten. Zahlreiche Drohreden wurden von der Polizei gezwungen, sich an verschiedenen Stellen quer über die Straße aufzustellen, um jeglichen Verkehr unmöglich zu machen.

Unter diesen Umständen blieb den Streikenden nichts anderes übrig, als einen andern Ort für die geplante Versammlung zu wählen, und alle, die die Möglichkeit hatten, sich noch zu verständigen begaben sich zum Stadtschlagbaum an der CzerniakowstraÙe. Hier konnten sie auch ungehindert die Versammlung abhalten und die sozialdemokratischen Redner anhören. Erst am Ende der Versammlung erschien die heilige Hermandad mit dem Gendarmen-Mittmeister Lewandowski an der Spitze, der es auch übernahm, die Schlußrede zu halten. Er suchte den Streikenden vor allem auseinanderzusetzen, wie sehr Versammlungen und Streiks ungeheuerlich seien, worauf ihm einige Arbeiter zuriefen, sie hätten sich das Recht dazu selbst genommen und wollten es auch behalten. Dann verlegte sich der Mittmeister aufs Ueberreden und versicherte nun auf sein „Offiziersschwert“, daß, falls die Versammlung ruhig auseinandergehe, keine Verhaftungen durch die Polizei vorgenommen werden sollten. Als die Streikenden aber dieser Einladung Folge leisteten und der Platz sich allmählich entleerte, hat der Wiedermann, trotz seines Ehrenwortes, doch der Versammlung nicht widerstehen können, circa 30 Arbeiter zu verhaften.

Seitens der Streikenden sind bis jetzt keine Ausschreitungen begangen worden, außer einem Fall, für den die Polizei die Verantwortung zu tragen hat. Ein Polizeiwachtmeister, der einen Streikenden beschimpfte und, als dieser ihm etwas entgegnete, ihn blutig geschlagen hatte, wurde von einem danebenstehenden Kollegen des Rißhandelsten, einem Zimmermann, durch einen Arthieb auf der Stelle erschlagen. Dem Thäter gelang es, zu entfliehen.

Asien.

Die Japaner und der Socialismus. In der soeben eingetroffenen Nummer des „Socialist“, des Centralorgans der japanischen Socialdemokratie, wird die Frage erörtert, wie es komme, daß der Socialismus, der man doch schon seit 12 Jahren propagiert werde, in Japan nicht schnellere Fortschritte macht. Als wesentlichster Grund hierfür wird die immerhin noch geringe Entwicklung der Industrie angegeben, Unternehmen auf großkapitalistischer Basis, in denen viele Arbeiter zusammen beschäftigt sind, seien immer noch nicht viele vorhanden. Die Kleinindustrie ist noch vorherrschend und jeder Arbeiter trägt sich noch mit der Hoffnung, einst selbständig zu werden. Sodann wird aber auch der Volksschmerz als hinderlich bezeichnet. Es gehe ein romantisch ritterlicher Geist durch die Nationen, der das Geld verachtet, dafür aber nach Ruhm und Ehre geize. Auch machten sich die Einbrüche aus der Feudalzeit noch geltend und lämen zum Ausdruck in der Unterordnung unter Höherstehende, besonders in einer fast maßlosen Verehrung des Mikado. Es wird aber der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nach Beendigung des Krieges alle Verhältnisse in Japan einer großen Umwälzung unterworfen werden, daß die industrielle Entwicklung in viel rascherem Tempo vor sich gehe und daß damit dem Socialismus ein weites Thätigkeitsgebiet eröffnet werde. —

Vom Kriegsschauplatz

liegen heute folgende Meldungen vor:

London, 8. September. Der Berichterstatter des „Standard“ im Lageruropatkins meldet, daß bei den Kämpfen um Anping die japanische Centrumarmee sehr schwere Verluste erlitten habe. Der rechte Flügel sei erfolgreicher gewesen, da er keinen einzigen russischen Gegenangriff auszuhalten hatte. Die Japaner hätten acht Geschütze erbeutet, die von den Russen verworfen, sogar durch Herunterrollen von Felsblöcken verteidigt wurden.

London, 8. September. Aus Kwantse wird der „Daily Mail“ gemeldet, daß nördlich von Liaungang noch gekämpft wird. Täglich kommen etwa 80 Eisenbahnwagen mit Verwundeten durch. Englische und amerikanische Berichtserklärer, die in Kwantse eingetroffen sind, beschwerten sich über die Behandlung durch die Japaner, die alle Nichtjapaner als Spione betrachteten.

London, 8. September. Eine Deutsche Drahtung des „Standard“ vom 7. September besagt, daß die japanischen Truppen die Verfolgung der Russen fortsetzen und ihnen wenig Raub gönnen. Sie besetzen Jantai und ihre Vortruppen sind der russischen Nachhut hart auf den Fersen. Die Russen räumen Mukden und ziehen sich eilig weiter nach Norden zurück. Tausende von Chinesen sind bei dem Bau von Befestigungswerken bei Tieling beschäftigt, das der Schauplatz der nächsten Kämpfe werden dürfte. „Daily Mail“ erzählt aus Tokio, Rurolis Armee strebe danach, nördlich von Mukden den Russen zuvorzukommen und deren Hauptarmee doch noch abzuschneiden. Die Nachricht von der japanischen Besetzung Mukdens werde sündlich erwartet. Südlich von Mukden sei ein heftiger Nachhutkampf im Gange.

Petersburg, 8. September. Der Generalstab erklärt, Rurolis dringe in östlicher, Du und Rodau in nördlicher Richtung vor, der eine rechts, der andre links der Eisenbahnlinie. Die Japaner errichten neue Brücken über die Flüsse. Der Eisenbahnbetrieb ist bereits wieder zwischen Port Arthur und Jantai aufgenommen worden. Europatkins hat im Einverständnis mit Algejeiw die Errichtung von vorgezeichneten Forts in der Umgegend von Mukden beschlossen. (?)

Der militärische Sachverständige der „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

Am 4. September stand die Hauptmasse der russischen Armee noch südlich der Zweigbahn Jantai—Kohlengruben, während Europatkins selbst das Fortschreiten der unzufriedenen Bewegungen des japanischen rechten Flügels nördlich der Kohlengruben und in der Richtung auf Mukden beobachtete und gemeldet hatte. Während der nach Norden gerichteten Bewegung der Russen am 5. September sind sie vom Feinde bedroht gewesen und mußten erneuter Angriffe gewärtig sein. Die Marschkolonne konnte man schwerlich formieren. Wir wissen ja auch, daß diese über 100 Kilometer lang wäre und daß zu ihrer Bildung mehrere Tage erforderlich wären. Nur um eine Bewegung in entgegengesetzter, gefechtsbereiter Front, mit starker Planenbedeckung nach Osten, kann es sich am 5. September gehandelt haben. Und so wird es auch gestern und heute gewesen sein. Wie weit kann solcher Marsch in dem abermals durch Regen tief durchweichenden Boden quersfeldwärts durchgeführt werden? Welch unerhörte Leistung bürdet er den Soldaten auf? Wie finden sie am Abend Verpflegung und Ruhe? Die kurze Strecke, die die Armee auf solche Art an jedem Tage zurücklegen kann, giebt dem Feinde erneute große Chancen in die Hand.

Aus Industrie und Handel.

Die Hibernia vor Gericht. Wir wir in unserer letzten Nummer ankündigten, begann gestern in Bochum der gerichtliche Kampf um die Generalversammlungsbeflüsse vom 27. August. Bei den gestrigen Verhandlungen wegen dieser Anfechtungsklage vor dem Landgericht waren die Kläger vertreten durch Rechtsanwalt Heitmann, Rechtsanwalt Bondi—Dresden, Gebrüder Frankfort und Geheimrat Müller von der Dresdener Bank. Die Beklagten waren durch Rechtsanwalt Rummelhoff—Bochum und Rechtsanwalt Sprünge—Berlin vertreten. Die Reden der Vertreter beider Parteien dauerten vier Stunden, sie befaßten sich bis auf Direktor Müller von der Dresdener Bank vorwiegend mit den rein juristischen Fragen. Dieser aber suchte auch „vom kaufmännischen Standpunkte aus“ die Handlungsweise der Dresdener Bank zu rechtfertigen, die nur von einem ihr zustehenden Recht Gebrauch gemacht habe, wenn sie eine Beteiligung an der Abstimmung ablehnte. Müller führte, nach einem Bericht des „Berl. Tagebl.“, weiter aus, die Verstaatlichung sei nur möglich auf dem Wege gültiger Verständigung. Die Möglichkeit solcher Verständigung aber liege gar nicht so weit. Der Redner verweist zum Belege hierfür auf die gestern auch von uns mitgeteilte Erklärung Cerners. Ein Rätsel ist mir, sagte Müller weiter, wie man den Organen der Hibernia vorwerfen kann, sie machten sich der Untreue schuldig, wenn sie sich mit den Agenten des Staates verständigen. Man darf doch unsern Staat nicht behandeln wie einen fremden Feind, mit dem ein Pakt zu schließen Untreue und Verrat wäre. Bezüglich der Frage, ob die Handelsgesellschaft und Bleichröder berechtigt waren, an der Abstimmung über die Emissionsofferte teilzunehmen, stellte Müller fest, daß vor der Düsseldorf-Verhandlung eine Verständigung zwischen dem Konsortium, dem die Handelsgesellschaft und Bleichröder angehörten, darüber erzielt war, daß die jungen Aktien an das Konsortium Bleichröder-Handelsgesellschaft begeben werden sollen. Namens der Dresdener Bank erklärte der Redner, daß diese jederzeit der Kapitalerhöhung zustimmen, wenn das Bezugsrecht nicht ausgeschlossen wird. Er erklärt aber dann ausdrücklich, daß er keineswegs damit habe andeuten wollen, daß etwa der Minister geneigt sei, die Offerte abzuändern. Nach weiteren Debatten wurde die Verhandlung kurz nach 2 Uhr abgebrochen. Die Urteilsverhandlung sollte am Abend erfolgen.

Bochum, 8. September. Die Kammer für Handelsachen erkannte über den Sperrantrag der Dresdener Bank bezüglich der Generalversammlungsbeflüsse der Hibernia dahin, daß der zuständige Register-Richter in Hernie die Befehle der General-Versammlung über die Erhöhung des Aktienkapitals bis zum Erlaß eines Urteils erster Instanz in der Anfechtungsklage auszuführen hat. Den weitergehenden Anträgen wurde nicht stattgegeben, weil sie nicht hinreichend begründet seien, und weil ihr Zweck, die Ausgabe der neuen Aktien zu verhindern, durch das erlassene Urteil gesichert erscheine.

Herne, 8. September. Durch die seitens der Kammer für Handelsachen des Landgerichts Bochum über den Sperrantrag der Dresdener Bank heute erlassene einstweilige Verfügung ist ein Präjudiz für die Aussichten der Anfechtungsklage nicht gegeben, die Hibernia Vergewerks-Gesellschaft wird mit möglicher Beschleunigung das Urteil erster Instanz im Anfechtungsprozess, für den ein Termin am 10. Oktober angelegt ist, herbeiführen wie auch im übrigen ihr Entschluß, die Selbstständigkeit unter allen Umständen aufrecht zu erhalten mit allen Kräften durchgeführt werden soll.

Köln, 8. September. In der heutigen Aufsichtsrats-Sitzung der Aktien-Gesellschaft Westfälische Drahtwerke wurde beschlossen, der am 20. Oktober einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. gegen 9 Proz. im Vorjahre vorzuschlagen. Der Reingewinn incl. Vortrag beträgt 467 900,61 M.; und soll wie folgt verteilt werden: Abschreibungen 148 891,75 M., Zuzahlung zum Reservefonds 14 669,83 M., vertragsmäßige und statutarische Lantime 33 515,39 M., Dividende 240 000 M., Vortrag auf neue Rechnung 81 833,64 M.

Rostlandstarife für die Industrie. Wie die „Dresdener Zeitung“ erzählt, beabsichtigt die sächsische Regierung, selbstständig Rostlandstarife für die Industrie in Kraft zu setzen, nachdem Preußen abgelehnt hat, mit ihr in dieser Richtung vorzugehen. Wie die Dresdener Handelskammer, so beschloß auch der dortige Stadtrat bei der Regierung wegen Gewährung ermäßigter Eisenbahnfrachttarife bis zum Wiederbeginn der Schifffahrt, die Bitte war, wie der „Berl. Ztg.“ aus Dresden geschrieben wird, vorgestern erst um 1 Centimeter gestiegen, vorstellig zu werden. Den Stadtratsbeschlüssen liegt ein dasselbe Ziel anstrebender Antrag vor, in welchem betont wird, daß wegen der aus dem Fortfall der Schifffahrt für Industrie und Gewerbe sowie für breite Schichten der Bevölkerung folgenden Gefahren Abhilfsmahregeln sofort getroffen werden müßten.

Vom Schifffahrtskampfe. Die Meldung der Wiener Blätter, daß die Friedensverhandlungen bereits endgültig gescheitert seien, wird von der Hamburg-Amerika-Linie dementiert. Lord Inverclyde ist, wie die Direktion der Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, mit den Vorschlägen der verbündeten kontinentalen und der Morganischen Gesellschaften nach Liverpool zurückgekehrt und unterhandelt dort gegenwärtig mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Cunard-Linie. Eine Entscheidung ist bis zur Stunde noch nicht gefällt worden.

Beckenvereinigung. Gerichtsweise verurteilt, daß verschiedene Leihen der Firma Stinnes zu einer Aktiengesellschaft zusammengelegt werden sollen, der eventuell ein Günterwert angeschloffen werden wird.

Vom amerikanischen Eisenmarkt. Die monatliche Statistik der Hochöfen lautet dem „Iron age“ zufolge sehr ermutigend, da nach dieser die August-Ausweise eine Zunahme der Produktion um 292 000 Tonnen gegen 246 000 Tonnen im Juli aufweisen. Zum größten Teil ist diese Zunahme auf die Wiederaufnahme der Arbeit bei den Stahlgesellschaften in den mittleren und westlichen Distrikten zurückzuführen. In den stattgehabten Versammlungen wurden neue Preise für Stahlfarren festgelegt; wahrscheinlich dürfte eine Ermäßigung um 1 Dollar pro Tonne vereinbart werden. In fast allen Gebieten sollen verschiedene gute Aufträge von größerem Umfange vorliegen.

Gewerkchaftliches.

Parasiten.

Der § 115 der Gewerbe-Ordnung verbietet den Unternehmern, ihren Arbeitern Waren zu kredittieren. Er gestattet ihnen jedoch, den Arbeitern Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten unter

Anrechnung bei der Lohnzahlung zu verabfolgen. Der Paragraph ist geschaffen, um das sogenannte Credit-System aus der Welt zu schaffen, bei dem den Arbeitern durch den Bezug, ihre Bedürfnisse an Waren aller Art bei dem Unternehmer zu decken, der lärgliche Lohn wieder aus der Tasche geholt wird, um wieder in den unergündlichen Geldbeutel des Kapitalisten zurückzuwandern.

Leider besitzet der § 115 alle Mängel unserer Socialgesetzgebung; er läßt weit die Hintertüren auf, durch welche die Ausbeutung des Proletariats nach der angeblich verbotenen Richtung hin weiter betrieben werden kann. Was den Unternehmer unterlagst ist, ist ihren Beamten, den Werkmeistern usw. nicht ausdrücklich verboten. Es ist in vielen Verufen üblich, daß sich diese durch Verkauf von Nahrungsmitteln an die Arbeiter einen Vorteil verschaffen.

In hervorragendem Maße ist das der Fall im Baugewerbe. Die Bauarbeiter aller Branchen können ohne einen lählenden Trunk, gleichviel welcher Art, sehr oft nicht auskommen. Der im glühenden Sonnenbrande heftig transpirierende Körper fordert gebieterisch einen Ersatz der verloren gegangenen Körperflüssigkeit. Da tritt dann oft der allmächtige Polier scheinbar rettend und helfend, in Wirklichkeit Profit heischend, in die Bresche. In seiner Macht liegt es, welchen Bier- oder Selterlieferanten er auf dem Bau zulassen will — was Wunder, wenn er daraus Vorteil zieht oder gar selber die Bierlieferung in die Hand nimmt?

So war es auf einem Umbau in der Leipzigerstraße, wo der Polier ebenfalls das Bier von der Brauerei entnahm. Er zahlte für den Kasten Bier a 30 Flaschen 2,25 M. und gab die Flasche mit 10 Pf. an die Arbeiter weiter. Was der Unternehmer wegen des § 115 der Gewerbe-Ordnung nicht hätte thun dürfen, that der Polier, er steckte den Ueberschuß aus diesem Geschäft, der bei der Anzahl der Arbeiter circa 50 Mark die Woche betrug, in seine Tasche. Als die Arbeiter Abrechnung und Herausgabe des Ueberschusses verlangten, wies er sie höhnisch ab, und da auch der Unternehmer einen Eingriff zu Gunsten der Arbeiter ablehnte, verließen diese den Bau.

Uns ist unerfindlich, aus welchem Grunde das Unternehmertum solche Geflogenheiten noch unterstügt und nicht einfach verbietet. Es liegt auf der Hand, daß der Werkmeister, Polier oder sonstige Vorgesetzte, der aus dem Verkauf von Nahrungsmitteln oder Getränken an die Arbeiter Nutzen zieht, in seinen Privatinteressen leicht in Konflikt mit dem Unternehmerinteresse gerät; nicht der löbliche, aber müßige Arbeiter ist ihm der liebste, sondern der unmäßige, wenn auch faule. Gegen dieses System der Arbeiterausbeutung Front zu machen, ist nicht nur eine Forderung der Menschlichkeit und Ethik, sondern liegt sogar im Unternehmerinteresse.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung in der Luruspapier-Industrie. Am 17. August hatten die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Luruspapier-Industrie ihre Forderungen in Gestalt specialisierter Lohnkarte aufgestellt und sie den Fabrikanten mit dem Ersuchen, bis zum 8. September darauf zu antworten, eingereicht. Gestern Abend fand im Bughagenischen Saale eine insolente Versammlung statt, um sich über die Antworten der Fabrikanten Bericht erstatten zu lassen. Die Versammlung war größtenteils von Arbeiterinnen besetzt. Der Saal, in dem gegen 200 Personen dicht gedrängt zusammenkamen, wurde polizeilich abgeperrt. Aus dem Bericht, den der Dömann der Branche erstattete, ging hervor, daß nur einzelne Fabrikanten teils zustimmend, teils ablehnend, die meisten aber gar nicht geantwortet hatten. Nach reger Diskussion nahm die Versammlung folgende Resolution an:

Die Versammlung nimmt Kenntnis davon, daß die Fabrikanten auf die eingereichten Forderungen bis heute nicht geantwortet haben. Die Versammelten ersehen daraus, daß es die Fabrikanten unter ihrer Würde halten, auf „Forderungen“ Antwort zu erteilen. In Erwägung, daß die Arbeiterschaft die Hand zum Frieden geboten hat, indem der Vorschlag einer Tarifgemeinschaft gemacht wurde; in weiterer Erwägung, daß die geforderten Löhne in der Buchbinderbranche längst zur Geltung gekommen sind, bedauert die Versammlung den Standpunkt der Fabrikanten.

Um den letzten Versuch einer gütlichen Einigung zu machen, werden von jeder Fabrik drei Kollegen beauftragt, innerhalb dieser Woche bei den Firmeneinhovern vorstellig zu werden. Von diesen Verhandlungen ist der Lohnkommission sofort Mitteilung zu machen, welche dann die geeigneten Schritte zu unternehmen hat, um den Forderungen Geltung zu verschaffen.

Die Anwesenden verpflichten sich, für den Ausbau der Organisation zu wirken, da nur eine starke Organisation in stande ist, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Nachdruck herbeizuführen.

Zum Streik der Arbeiterinnen des Glühlampenwerkes von Siemens u. Halske. Wie bereits gestern erwähnt wurde, hat die Direktion des Glühlampenwerkes es fern nötig befunden, eine schriftliche Darlegung der dem Streik zu Grunde liegenden Verhältnisse zu geben, die den Arbeiterauschüssen des Charlottenburger Werkes in der Franklinstraße und des Berliner Stadtgeschäfts vorgelegt wurde. Der Arbeiterauschuß des Glühlampenwerkes wurde nicht davon in Kenntnis gesetzt, vermutlich deswegen nicht, weil man annahm, daß die Arbeiter dieses Werkes bereits so gut von den Ursachen des Ausstandes unterrichtet waren, daß sie Aufklärungen der Direktion nicht nötig hatten. In dem mit der Schreibmaschine hergestellten, 3 1/2 Quartseiten umfassenen Schriftstück wird zunächst ausführlich über die Art der in Frage kommenden Arbeit berichtet. Es handelt sich um sogenannte Formierungsarbeit an für Telephonzwecke bestimmten Polarisationszellen. Die Arbeit wurde früher im Berliner Werke von Siemens u. Halske ausgeführt und die Zellen werden auch hauptsächlich an dieses Werk geliefert. Wenn man die in der Versammlung am Mittwoch vorgezeigten, von Säure zerfressenen und zerlumpten Kleidungsstücke gesehen hat, ist es unverständlich, wie die Direktion behaupten kann:

„Von irgend welcher „schweren Säure-Arbeit“ kann auch keine Rede sein. Früher war die Möglichkeit vorhanden, daß durch Unachtsamkeit einzelner Zellen keine Mengen von unbedünnter Säure herabstürzen konnten; jetzt ist auch dieser Uebelstand beseitigt. Im übrigen stehen auf Wunsch Schürzen zum Schutz gegen Säureflecke zur Verfügung.“

Verhält sich die Sache wirklich so, dann müßte erst jetzt in den Tagen des Streiks eine neue Vorrichtung erfunden sein, die das Ausfließen von Säuren verhindert, sonst bilden die zerfressenen Kleidungsstücke ein nicht zu widerlegendes Beweismittel für das Gegenteil. Auch wäre es ja dann ganz unnötig, daß den Arbeiterinnen auf Wunsch Schürzen zum Schutz gegen „Säureflecke“ geliefert werden. Welche Arbeiterin wird sich wohl mit einer schweren und unangenehmen Nachschürze befassen, wenn sie deren nicht bedarf? Uebrigens erzählten in der Versammlung mehrere Arbeiterinnen, daß sie vielfach vergeblich um Lieferung einer brauchbaren Schürze ersucht hätten; und es sei vorgekommen, daß sie, wenn sie ihre zerfressenen Schürzen vorgezeigten, mit unanständigen Redensarten wie „Schafstopp“ und „Altes Schwein, schämen Sie sich“ empfangen wurden. — Was nun die Lohnabzüge, die eigentliche Hauptursache des Streiks anbelangt, so sucht man die Sache so darzustellen, als ob die Arbeiterinnen mit leichter Mühe recht viel verdienen könnten, und als ob die Lohnabzüge durch technische Verbesserungen vollständig gerechtfertigt wären. Ja, man ist sogar mündlich soweit gegangen, den Arbeiterinnen Feindseligkeit gegen technische Verbesserungen der Arbeitsmethode vorzuwerfen. Daß eine derartige Gesinnung, wie sie sich vor einem halben Jahrhundert in Verhättnissen von Arbeitsmaschinen kundgab, nun schon lange nicht mehr in der organisierten Arbeiterschaft zu finden ist, das ist bekannt genug. Liegt wirklich hier eine Verbesserung der Arbeitsmethode, die die

Lohnherabsetzung von 9 auf 7 Pf. rechtfertigt, vor, so wäre es ein leichtes gewesen, durch Verständigung mit dem Arbeiterausschuß die Sache zu regeln, zumal wenn man nach dem vom Generaldirektor Professor Budde geäußerten Grundsatze gehandelt hätte, wonach die durch technische Fortschritte erzielten Vorteile zum Teil der Firma, zum Teil aber auch den Arbeitern zu gute kommen sollen. Weidet die Verlesung in Zukunft das rigoreuse Aufsitzen von Lohnherabsetzungen durch Entlassungen und Entlassungsdrohungen und verhandelt, wie sich gehört in derartigen Fällen, mit dem Arbeiterausschuß, so wird sie auch damit ein Mittel gefunden haben, um solchen die Produktion schwer schädigenden Streiks zu entgehen. — Hinsichtlich der in Nummer 209 des „Vorwärts“ veröffentlichten Postkarte wird in dem Schriftstück der Direktion erklärt, daß jene Arbeiterin der Verlesung mitgeteilt habe, sie hätte kommen wollen, um sich vorzustellen, sei aber von den streikenden Arbeiterinnen nicht durchgelassen worden, und darauf hätte die Verlesung sie auf die politische Hilfe („welche genügend vorhanden ist“) aufmerksam gemacht. Es ist sonderbar, daß dann diese der Firma auch unter diesen Umständen wenig zur Ehre gereichende Karte der Streikleitung übermittleit wurde.

Uebrigens hat sich die Polizei von der Verlesung Informationen über den Streik verschafft, aber nicht vom Metallarbeiter-Verband. Daß sich unter diesen Umständen in den Höfen von Leuten, die meist keine Gelegenheit hatten, sich über die wahre Bedeutung der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft zu unterrichten, ganz falsche Vorstellungen bilden mußten, ist selbstverständlich. Unverständlich ist es aber, was seitens einzelner Polizeibeamten streikenden Arbeiterinnen auf der Straße oder im Polizeibureau, wo mehrere Arbeiterinnen 8, 9, ja 10 Stunden wiederrechtlich festgehalten wurden, alles geboten wird. Wenn z. B. einer Arbeiterin vom Polizeibeamten aus einem kleinen Buch vorgelesen wurde, sie könnte wegen Streikpostensensens mit drei Monaten Gefängnis bestraft werden, wenn ein anderer erklärte, wegen desselben Vergehens gäbe es 150 M. Geldstrafe oder zwei Tage Zuchthaus, so muß man doch derartige Scherze bei einer so ernstlichen Angelegenheit für höchst unpassend erklären. Nicht minder ungehörig erscheint es, wenn ein Beamter einer Sittierten Wein anbietet mit der Bemerkung, daß genug davon vorrätig sei, und sie einlädt, mit ihm in den Wintergarten zu gehen. Was sonst von Redensarten, die das sexuelle Gebiet berühren, in der Versammlung erwähnt wurde, kann zum Teil hier nicht wiederbegeben werden. Jede der so behandelten Arbeiterinnen hat einen Brief folgenden Wortlauts an die Polizeidirektion Charlottenburg gefandt:

„Endesunterzeichnete beschwert sich hiermit gegen die Polizeibeamten der Reviere 2 und 6.

Als ich am 5. September cr. vormittags — Uhr in der Helmholzstraße das im § 152 der Gewerbe-Ordnung garantierte Koalitionsrecht ausübte, wurde ich sistiert und zur Wache nach der — Straße geführt. Ich muß diese Sistierung an sich ungehörig, so ist es doppelt schwer verständlich in einer so wenig belebten Gegend. Selbst wenn aber aus Unkenntnis der Beamten dieses erklärt wäre, so ist es unerklärlich, weshalb ich, nachdem mein Nationale festgesetzt war, noch auf der Wache festgehalten wurde. Vielleicht um die anzüglichen und verlegenden Reden der Beamten mitanzuhören?

Indem ich den Vorgang zu Ihrer Kenntnis bringe, erwarte ich vertrauensvoll Ihre Nachricht, welche nur eine Rettifizierung der in Frage kommenden Beamten enthalten kann.

Gechachtungsvoll —
Wenn diese Beschwerden erfolglos bleiben, werden sich die Beschwerdeführenden selbstverständlich an die höheren Instanzen und schließlich an den Minister und Reichstag wenden. Daß für die Sistierungen nicht das beliebte Auskunftsmittel „Verlehrsströmung“ angeführt werden kann, das beweisen die Photographien, die von den Sistierungsarten angefertigt worden sind.

Was den Stand des Streiks anbetrifft, so werden die wenigen Streikbrecherinnen, die sich der Weltfirma zur Verfügung gestellt haben, ihr wenig nützen können. Uebrigens wurde in der Versammlung behauptet, daß darunter mit Ungeheurer Befasste Personen seien und daß eine gründliche Reinigung der Pflanze nötig sein werde, bevor die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen könnten.

Allgemeine tarifliche Vereinbarungen für das Berliner Vantischer-Gewerbe werden durch Verhandlungen bezweckt, welche zur Zeit zwischen Vertretern der Meister und solchen der Gehilfen gepflogen werden. Die Anregung ist von den Meistern ausgegangen, nachdem bereits nach und nach in etwa zwei Dritteln der in Betracht kommenden Betriebe der sogenannte Rettotarif seitens der Gehilfen durchgedrückt ist. Dieser Tarif gilt für die einfachste Arbeit. In einer gutbesuchten Vertrauensmänner-Versammlung der Vantischer, die am 7. Sept. im Gewerkschaftshaus stattfand, berichtete die Tarifkommission über den Gang der bisherigen Verhandlungen. Ueber die erste Position ist man noch nicht hinausgekommen. Der Rettotarif steht unter 1 als Grundmaße für ein sechsflügeliges Doppelpfeil eine Höhe von 2,30 Meter und eine Breite von 1,90 Meter vor. Dafür beträgt der Preis 20 M. Die Meister wollen als Grundmaße 2,40 Meter mal 1,90 Meter und wollen dafür 19,25 M. zahlen. — Es entspann sich eine ausgedehnte Debatte. Die meisten Redner verlangten, daß an dem Rettotarif festgehalten werde. Die Kommission wurde schließlich beauftragt, auf Grund des Rettotarifs weiter mit den Meistervertretern zu verhandeln.

Eine Formerversammlung, die am Mittwoch im „Kösliner Hof“ tagte, beschäftigte sich mit den zwischen den Unternehmern und Arbeitern der Eisenindustrie abgeschlossenen Vereinbarungen. Es wurde allgemein betont, daß es fast überall zu Mißhelligkeiten zwischen den Formern und den Meistern gekommen sei, die wohl darin ihre Ursache hätten, daß die Meister ungehalten wären, weil ihnen in dem Einigungsvertrage keine einflußreiche Rolle zugeteilt sei. Derartige vorübergehende Störungen würden sich aber ohne Schwierigkeit regeln lassen, ohne daß das Vertragsverhältnis beeinträchtigt werde. Es gelte nun, das Errungene festzuhalten und weiter auszubauen, wozu notwendig sei, daß jeder sich anlegen sein lasse, die Vereinbarungen genau zu beachten und innezuhalten. Von den Streikenden waren bis Mittwoch noch 80—90 nicht wieder in Arbeit gebracht, jedoch wird angenommen, daß auch diese bald wieder in Arbeit treten könnten.

Die tarifmäßigen Lohnherabsetzungen im Buchbindergewerbe sind jetzt in fast allen in Betracht kommenden Werkstätten durchgeführt. Zu großen Arbeitsniederlegungen ist es nicht gekommen; in einer größeren Werkstätte wurde eine Stunde, in einer anderen 10 Minuten gestreikt und damit die Anerkennung des Tarifs erzielt. — Mit einzelnen Arbeitgebern werden jedoch noch Verhandlungen gepflogen.

Die Lohnbewegung der Leder- und Papier-Galanteriearbeiter und -Arbeiterinnen hat ohne große Kämpfe zum Erfolg geführt. Alle maßgebenden Firmen haben die Forderungen bewilligt; mit einigen wird noch verhandelt. Bei der Firma Mackensen, Ritterstr. 47, mußte von neuem zur Arbeitsniederlegung gegriffen werden, nachdem bereits eine teilweise Einigung erzielt worden war. Von den 40 Streikenden gehören jedoch nur 18 der Papier-Galanteriebranche, die übrigen der Holzrahmenbranche an.

Der Streik der Glasbläser, der mit über Erwarten großer Einmütigkeit durchgeführt wird, hat bereits teilweise Erfolg gehabt, indem außer den bereits erwähnten noch drei größere Firmen die Forderungen anerkannt haben, darunter eine, die 20 Arbeiter beschäftigt. Dort herrschte bis jetzt noch die zehnständige Arbeitszeit, die nun auf 8 1/2 Stunden verkürzt worden ist; ebenso waren dort erhebliche Lohnzulagen nötig, um die geforderten Sätze zu erreichen.

Berichtigung. In der Gewerkschaftsnotiz „Verwerfliche Unternehmer-Praktiken“ in Nr. 210 ist ein Fehler unterlaufen. Es muß

in der 21. Zeile heißen: „Darin waren die Preise um 3—4 Pf. pro Quadratmeter höher angesetzt. Dieser Vertrag war der eigentlich gültige, denn der zweite Vertrag hatte, wie ein auf der Rückseite des ersten aufgeschriebenes“ usw.

Deutsches Reich.

Eine neue Wendung hat der Klassenkampf in Königsberg genommen. Während die Arbeitgeber sich in der hartnäckigsten Weise sträubten, mit den Streikenden zu verhandeln, haben sie seit Wochen die größten Anstrengungen gemacht, um eine Anzahl Arbeitswillige zu bekommen, damit sie mit denen einen Vertrag abschließen konnten. Das ist jetzt geschehen. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat mit der Streikbrecher-Organisation einen Vertrag abgeschlossen. Dieser Arbeiterorganisation sollen 170 Mann angehören. Natürlich werden die Arbeitgeber jetzt verlangen, daß die 1400 Maurer, die in den freien Gewerkschaften organisiert sind, diesen Vertrag anerkennen sollen. Daran ist aber nicht zu denken, denn er enthält solche Paragraphen, die für ehrliche Arbeiter einfach unannehmbar sind. Sehr stark zu bezweifeln ist auch, ob wirklich 170 Arbeitswillige hinter dem Vertrag stehen. Sicherlich wird man noch die Poliere und die Invaliden dazu gerechnet haben. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat sich die größte Mühe gegeben, um seine Schlingel dem Centralverband der christlichen Maurer anzuhängen zu können. Das ist ihm aber nicht gelungen. Zur Ehre des Vorstandes der christlichen Maurer sei es hier gesagt, daß er sich entschieden geweigert hat, diesen Streikbrecherverband aufzunehmen. So blieb es denn leider nur beim „Ordnungsverein“. Dieser hat nun für dieses Jahr auf eine Mehrforderung großmütig verzichtet, dagegen aber einen Vertrag abgeschlossen, der auf vier Jahre gelten und am 1. April in Kraft treten soll. Der Stundenlohn ist auf 55 Pf. festgelegt. Junggefelln erhalten 40 Pf. und Gesellen, die im zweiten Jahre arbeiten, erhalten 50 Pf. Von den einzelnen Paragraphen heben wir folgenden hervor: „Kein Arbeitnehmer darf sich aus irgend einem Grunde weigern, mit andern Gesellen, gleichviel ob Mitglied des Verbandes oder nicht, ob organisiert oder nicht organisiert, ob Inländer oder Ausländer, zusammen zu arbeiten. Fänden in dieser Richtung öffentliche oder geheime Vorkommnisse, Verurteilungen, Vaustrafen usw. statt, so wird eine derartige Handlung als Vertragsbruch angesehen. Jedes Agitieren auf der Baustelle ist untersagt. Der Zutritt zu den Arbeitsstellen ist andern als den dort beschäftigten Personen ohne Erlaubnis des Arbeitgebers nicht gestattet.“ — Der Maurerstreik dauert indessen unverändert fort.

Tarifverträge. Die Holzbildhauer in Fürth i. B. haben in einer Versammlung beschlossen, den Unternehmern einen Tarifentwurf zu unterbreiten, der zunächst die Schaffung einheitlicher Preise für Massenartikel in allen Geschäften bezweckt und in seinem zweiten Teile eine Reihe von Allgemeinforderungen stellt. Bei Bearbeitung des ersten Teiles stellten sich in den einzelnen Geschäften große Preisunterschiede heraus, daß für manche Artikel das Doppelte und noch mehr bezahlt werden muß. Im zweiten Teil wird auf alle nicht im Tarif angeführten Artikel ein Ausschlag von 15 Proz. verlangt, ebenso für alle im Lohn beschäftigten Arbeiter. Der Mindestlohn für Ausgelernte soll 15 M., vom achtzehnten bis zum zwanzigsten Lebensjahre 19 M. betragen. Bei neuen Arbeiten soll der Durchschnittslohn garantiert werden. Das Zwischenmeisterlohn ist, so weit es noch vorhanden ist, zu beseitigen, ebenso die Heimarbeit; die bisherigen Heimarbeiter sollen in die Betriebe aufgenommen werden. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Prozent gefordert. Die Arbeitszeit soll auf 57 Stunden festgelegt werden, wo schon eine längere Arbeitszeit existiert, soll diese davon nicht berührt werden. Die Unternehmer haben ihren Bedarf an Arbeitern ausschließlich durch den Arbeitsnachweis des Verbandes zu decken.

Ausland.

Der 37. englische Gewerkschaftskongreß.

Die eigentlichen Verhandlungen des Kongresses begannen am Dienstagmorgen mit der üblichen Präsidentschaftsrede des Präsidenten, die diesmal der Abgeordnete Richard Bell hielt. Wie immer, so behandelte der Redner so ziemlich die ganze Politik des letzten Jahres. Bei der Besprechung der Schulfrage stellte der Redner fest, daß allein in London täglich 122 000 Schulkinder hungriß zur Schule kämen. Das Achtstundengesetz für Vergewerke sei am 19. März in zweiter Lesung zwar angenommen, aber durch eine Art Obstruktionsrede eines konservativen nicht mehr erledigt worden, ähnlich wie das mit der Trade Disputes Bill geschehen. Der Redner kam sodann auf die bekannten Entwürfe gegen die Gewerkschaften zu sprechen, ging sodann auf die Zollschutfrage ein, berührte die Siege der Arbeiterpartei in Australien und vieles andre. — Hierauf wurde der Bericht des P. C. nach kurzer Diskussion genehmigt. Ohne Debatte fand eine Resolution Annahme, in welcher die Errichtung eines besonderen Ministeriums für Arbeit gefordert wird. Die beiden Genossen Pete Curran und Herbert Burrows, die zum Friedenskongreß nach Boston reifen, werden beauftragt, diesem die Grüße des Kongresses zu übermitteln. Sodann gelangt eine Resolution zur Annahme, in welcher für die Gemeinden größere Freiheit gefordert wird bezüglich der Ausführung von Arbeiten in eigener Regie. Den englischen Kommunen, so wurde ausgeführt, seien in dieser Beziehung die Hände durch die Autorität des Parlaments gebunden.

London, 8. September. (W. V.) Der Kongreß der englischen syndizierten Arbeiter, an welchem die meisten englischen Arbeiterverbände, auch nichtsozialistische, teilnehmen, nahm einstimmig eine Tagesordnung an, worin die Politik Chamberlains verdammt und die Notwendigkeit des Freihandels ausgesprochen wird.

Gerichts-Zeitung.

Der landesübliche Arbeitswilligenschuß. Durch strafbare Beeinflussung eines Arbeitswilligen hatte sich der Vergolder Alfred Hlau eine Anklage wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung und Verleumdung zugezogen, welche gestern vor der vierten Ferien-Strasammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. Im Mai d. J. legte ein Teil der in einer Holzbearbeitungsfabrik beschäftigten Vergolder die Arbeit nieder, weil ihnen die geforderte Lohnherabsetzung nicht bewilligt wurde. Der Angeklagte fing vor der Fabrik einen Kollegen ab, dem er anbot, daßer Arbeit luehe, und der auf Befragen auch erklärte, daß er auf dem Wege zur Fabrik sei. „Dann bist Du ja ein Streikbrecher, denkst Du denn, daß später einer von uns wieder mit Dir arbeiten wird? Du wirst keine Arbeit wieder bekommen!“ Der Angeklagte soll noch ein Schimpfwort hinzugefügt haben. Der Angeredete ließ sich von seinem häßlichen Vorhaben aber nicht abbringen und beging Streikbrecherei. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Der Gerichtshof folgte aber insoweit den Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. Dieckhoff, als auch er den Fall als sehr milde legend ansah. Es wurde nur auf drei Tage Gefängnis erlannt.

Wegen wissenschaftlichen Verkaufes verdorbenen Fleisches hatte sich der Schlächtermeister Josef Kossel aus Charlottenburg vor der Ferien-Strasammer des Landgerichts II zu verantworten. Am 4. April kaufte eine Schuhmacherfrau bei dem Angeklagten ein halbes Pfund Schweinefleisch ab. Als sie zu Hause das Fleisch zurecht machen wollte, strömte ihr ein intensiver Fäulnisgeruch entgegen und bei näherem Zusehen bemerkte sie, daß die Oberfläche des Fleisches einen grünlich-grauen Farbton hatte und an den Knochen bereits Schimmelpilze zeigte. Da der Angeklagte eine Jurisdiktion des Fleisches verweigerte, wurde dieses der Polizei übermittleit. Der Kreisarzt Dr. J. H. stellte fest, daß das Fleisch schon einen hohen Grad von Tiefenfäulnis besaß und der Genuß eines solchen Fleisches schwere Schädigungen des menschlichen Organismus hervorrufen könne. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, das Fleisch erst zwei Tage

vorher in der Markthalle gekauft zu haben, so daß dasselbe unmöglich schon in Fäulnis übergegangen sein konnte. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die gesundheitlichen Gefahren, die durch den Genuß eines solchen Fleisches hervorgerufen werden, drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erlannte auf zwei Wochen Gefängnis.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Agitations-Verein für den Reichstagswahlkreis Bückeburg-Schwiebus-Krosen-Sommerfeld hielt am 8. September im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Versammlung ab, in der Gen. Paech-Schwiebus in einem einstündigen Referat über die politische Bewegung im Kreise und die Aufgaben des Agitations-Vereins sprach. Aus dem Referat wäre hervorzuheben, daß die Bewegung erst mit dem Jahre 1893 richtig erwachte, als der verstorbene Genosse Rehner als Reichstagskandidat aufgestellt wurde und er eine erhebliche Stimmenzahl erhielt. 1898 erhielt er bei der Reichstagswahl 2487 Stimmen. 1899 fand die erste Kreis-Konferenz im Kreise statt, woran sich 14 Delegierte beteiligten. 1903, wo Genosse Silber Schmidt an Stelle des verstorbenen Genossen Rehner trat, stieg die Stimmenzahl auf 3742. Auch der Agitations-Verein hat dem Kreise gute Dienste bei der Reichstagswahl und bei Flugblattverbreitungen geleistet. Der Referent hob hervor, daß es besondere Aufgabe des Agitations-Vereins sei, die ungefähre 2500 Bauhandwerker, welche im Sommer hier in Berlin arbeiten, für den Verein zu gewinnen, und dann Verbindungen mit ihrer Heimat vermitteln. Silber Schmidt behandelte in der Diskussion in längeren Ausführungen die Organisationsfrage. In einer Resolution verpflichteten sich die Versammelten, auch in Zukunft ihre Pflicht und Schuldigkeit für ihren heimatischen Wahlkreis zu thun. Der Verein zählt 81 Mitglieder. 6 Genossen ließen sich neu aufnehmen.

Eingegangene Druckschriften.

Emil Eichhorn, Das neue Landtags-Wahlrecht. Ein Führer durch die bairische Wahlrechts- und Verfassungsreform nebst einem Anhang: Die neue Wahlrechts-Einteilung. 53 Seiten. Druck und Verlag von Adolf Gess, Offenbach. Preis 50 Pf.

Professor W. Ahms, Jesuitenpiegel. 192 Seiten. Berliner Verlags-Institut, Berlin W. 30, Neue Wintereisstraße 37. Preis 3 M.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom ostantischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 8. September. (W. V.) Ein Telegramm General Japunovs an den Kaiser von gestern meldet ergänzend über den Anschlag der Japaner auf den bei Korsakow gesunkenen Kreuzer „Kobit“, daß man, als die Japaner vor dem russischen Feuer sich dem „Kobit“ entzogen hatten, an Bord des Kreuzers „Händschüre“ von ausgelegten aber nicht explodierten Minen fand. Zum Begräumen der Minen wurde sofort geschritten. Keim Minen, die von den Japanern an verschiedenen Stellen des Kreuzers gelegt waren, wurden glücklich entfernt.

Tokio, 8. September. (Neubung des Reuterschen Bureaus.) Nach richtiger Schätzung bestand die russische Streitmacht, die an den Kämpfen bei Liaojang beteiligt war, aus 184 Bataillonen Infanterie, 128 Eskadrons Kavallerie und 672 Geschützen.

Die gefundenen russischen Kreuzer.

London, 8. September. Ueber die Abgabe des kaiserlichen Befehls an die russischen Hilfskreuzer „Petersburg“ und „Smolensk“ wird dem Reuterschen Bureau aus Sansibar gemeldet: Der englische Kreuzer „Forte“ verließ Sansibar Dienstag früh und bekam bald die russischen Schiffe „Petersburg“ und „Smolensk“ in Sicht. Ein englischer Offizier ging mit der officirten russischen Depesche an Bord der „Petersburg“. Später kam der Kommandant der „Petersburg“ an Bord des „Forte“ und erklärte, daß sie sofort abdampfen würden; darauf wechselten die Schiffe Salut und die Russen dampften fort. Sie wurden zuletzt 15 Seemeilen westlich von der Südspitze von Sansibar gesehen, nachdem sich ihnen vorher noch ein Kohlendampfer angeschlossen hatte. „Forte“ liegt noch in Sansibar, die „Petersburg“ hat sieben 500llige und einige kleinere Geschütze, die „Smolensk“ mehrere Geschütze verschiedenen Kalibers, alle ziemlich veraltet, an Bord.

Plehuwe hat seinen Nachfolger.

Paris, 8. September. (W. V.) Wie das „Echo de Paris“ aus Petersburg berichtet, ist die Ernennung des Fürsten Swiatopoll-Mirski zum Nachfolger des Ministers des Innern Plehuwe amtlich bekannt gegeben worden. Außerdem wird gemeldet, daß General Trepoff, der Großmeister der Moskauer Polizei und frühere Polizeichef in Petersburg zum Generalpräfecten von Petersburg an Stelle des Generals Poelzon ernannt werden wird.

Serbische Finanznöte.

Belgrad, 8. September. (W. V.) Der „Stampa“ zufolge hat der Finanzminister Patschu mit der Societe Financiere d'Orient die Vorverhandlungen wegen Aufnahme einer 30 Millionen-Anleihe abgeschlossen, und zwar zum Begebungskurs von 77 mit 2 Proz. Kommissionskosten. Der Effektivbetrag der Anleihe würde sich somit auf 22,5 Millionen belaufen. Die Anleihe soll zur Deckung des zu erwartenden Deficits sowie zur Anschaffung von Geschützen in Frankreich dienen. Patschu hätte dafür der französischen Gruppe den Bau und Betrieb der serbischen Nebenbahnen zugesichert.

Hamburg, 8. September. (W. V.) Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet, hat der englische Dampfer „Bishopgate“, der hier aus den Zaplatasstaaten eingetroffen ist, die Lötung gestrichen unterreden müssen, weil mehrere tote Ratten an Bord gefunden wurden, deren Untersuchung dem hygienischen Institut rälisch erschien. Das Schiff ist vorläufig in Quarantäne gelegt und mit einem Generatororganapparat ausgeräuchert worden; die Untersuchung der Ratten ist noch nicht beendet.

Konstantinopel, 8. September. (W. V.) Der Handelsminister Müller sowie einige 60 Großindustrielle und mehrere Chef großer Schiffsfahrtscompagnien beabsichtigen, anfangs Oktober eine Studienfahrt nach Konstantinopel zu unternehmen. Die Flotte teilte ihren Vorschlag mit, daß sie die Erfüllung der Bestrebungen des Bringen Georg bezüglich Aretas durch die Großmächte als eine flagranter Verletzung des status quo würde ansehen müssen, für deren Folgen sie jede Verantwortung ablehne. Die Flotte erhielt von den meisten Kabinetten beruhigende Versicherungen.

Sidney, 8. September. (W. V.) Das Regierungsprogramm des Ministeriums Reid wurde gestern im Bundesparlament bekannt gegeben. Danach soll der Tarif mindestens für die Dauer des jetzigen Parlaments unangefastet bleiben. Inbetreff der Vorzugszölle ist die Stellungnahme der Reichsregierung abzuwarten. Geschäftsanträge für Schaffung von Prämien für die Eisenindustrie werden der Initiative von Abgeordneten überlassen. Die Vorlagen über die Schiedsgerichte und die Cabotage sollen weiter beraten werden. Ferner werden Vorlagen angeflündigt in betref von Vorarbeiten für eine Bahnverbindung mit Westaustralien, Handelsmarken und die Papuas. Es ist eine Koalition der Arbeiterpartei mit den Schutzhöllnern der Fraktion Sir W. Pynes erfolgt. Das Programm derselben fordert neben baldiger Diskussion der Vorzugszölle Tarifrevision, Anti-Tariffgesetz, Tabakmonopol, Schiedsgerichte und Schug der Cabotage, entsprechend den Wünschen der Arbeiter. Ein baldiger Vorstoß gegen Reid ist vereinbart worden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 8. September 1904, nachmittags 5 Uhr.

Mit der heutigen Sitzung nimmt die Versammlung nach zwei-monatiger Sommerferienpause ihre regelmäßigen Arbeiten wieder auf. Die Tagesordnung ist ungemein reichhaltig; sie weist nicht weniger als 86 Nummern auf. Doch sind darunter 29 Rechnungen, die kurzzerhand dem Rechnungs-Ausschuss überwiesen werden, und 22 Gegenstände — Personalien, Anstellungen, Pensionierungen, Unterstellungen betreffend — deren Erledigung in nichtöffentlicher Sitzung erfolgt. Auch unter den verbleibenden 57 Nummern sind nur einige wenige von allgemeinerem Interesse.

Der Vorsitzende Dr. Vangerhand erklärt die Sitzung um 5 1/2 Uhr für eröffnet und teilt zunächst mit, daß aus Anlaß der Verlobung des Kronprinzen mit der Prinzessin Cecilie von Mecklenburg-Schwerin der Vorstand der Versammlung namens der lehreren im Verein mit dem Magistrat Glückwunschadressen an das Kaiserpaar, den Kronprinzen und die Prinzessin-Braut abgehandelt hat. Sodann widmet der Vorsitzende den in der Zwischenzeit verstorbenen Stadtv. Schem und Sutter (N. L.) sowie dem früheren Stadtrat Straube und dem früheren Stadtv. Eißolt ehrende Nachrufe, während deren die Versammlung sich von den Sigen erhebt.

Hierauf vollzieht Oberbürgermeister Kirschner die Einführung des zum unbesoldeten Magistratsmitglied gewählten bisherigen Stadtv. Handelsrichters Naas und nimmt ihn den Eid auf die Verfassung und die Städte-Ordnung ab.

Der Stadtv. Dr. Friedberg (Soc.) hat sein Mandat nieder-gelegt.

Kommune tritt die Versammlung in die Erledigung der eigent-lichen Tagesordnung ein.

In dem neuen Verwaltungsgebäude der Landes-versicherungsanstalt Berlin am Kölnischen Park sollen vom 1. Januar 1905 ab für jährlich 8900 M. im Erdgeschoß be-legene Räume für die Magistratsabteilung für Invalidenversicherung gemietet werden.

Die Versammlung giebt ihre Zustimmung.

Die St. Andreas-Kirchengemeinde will den Kirch-turm erneuern und beantragt beim Magistrat, den Patronats-beitrag, der in Holz, Steinen, Kalk bezw. deren Ersatz oder in dem Wert davon besteht, dazu zu leisten. Die Kosten sind auf ca. 6700 M., der Patronatsbeitrag ist auf 1200 M. geschätzt. Der Magistrat ist mit der Gewährung einverstanden, will den Betrag aber nicht in bar leisten, sondern ihn auf die 2708 M. in Anrechnung bringen, welche auf Grund polizeilicher Verfügung als Kirchendaufschuß-Beitrag mit Vorbehalt haben gezahlt werden müssen und infolge der Reichsgerichts-Entschei-dung vom 13. Juni cr. bereits zurückgefordert, aber noch nicht er-stattet worden sind.

Ohne Debatte erklärt sich die Versammlung einverstanden. Nachdem durch den neuen Lehrplan für die Gemeinde-schulen der

Zeichenerunterricht

eine Umgestaltung erfahren hat, war vom Kultusminister die feste Anstellung eines Zeichnungslehrers angeregt worden. Damit will der Magistrat indessen nicht vorgehen, hält es vielmehr einzuweisen für ausreichend, einen mit der neueren Methode vertrauten Zeich-nerlehrer im Nebenamt zunächst auf drei Jahre mit der Revision des Unterrichts zu betrauen. Jährlich sollen 100 Schülern revidiert werden; die Entschädigung ist auf 3000 M. pro Jahr bemessen.

Stadtv. Dr. Nathan (Soc.-fortschr.) beantragt Ausschussberatung. Stadtschulrat Dr. Gerstenberg betont, daß es sich hier um eine Einkerbung handelt, die erst im Werden begriffen ist. Es bleibe ja unbenommen, nach 3 Jahren zur Rekrutierung eines besonderen Ausschussbeamtenpostens zu schreiten.

Stadtv. Dr. Nathan hält doch größere Schnelligkeit des Vor-gehens für geboten; es genüge nicht, daß hundert Schulen jährlich revidiert werden, sondern die betr. leitende Kraft müsse überall ein-zugreifen in der Lage sein, um den gewollten Zweck bei Schülern und Lehrern zu erreichen.

Der Antrag Nathan wird abgelehnt, die Vorlage angenommen. Zur Erlangung von Entwürfen für den

Kardpark

soll ein allgemeines Preisaus schreiben veranstaltet werden; die drei besten Arbeiten sollen mit 5000, 3000 und 2000 M. gekrönt werden.

Stadtv. Singer (Soc.): Ich freue mich der Förderung des Projektes und wünsche nur, daß der Park von der Denkmalswut ver-schont bleiben möge. Man scheint nun aber die Absicht zu haben, das Freiheitsdenkmal aus Mitgliedern der Parl- und Landtagsdeputation zusammenzusetzen. Bei allem Respekt vor dem technischen und künst-lerischen Verständnis dieser Herren möchte es doch wünschenswert sein, daß über die Gestaltung dieses Parkes auch Sachmänner gehört werden, welche auf dem Gebiete des künstlerischen Städtebaues Spezialstudien gemacht haben. Es ergibt sich darüber schon eine sehr schöne Litteratur, ich erinnere nur an die Werke, die hier im Verlage von Wasmuth erscheinen. Ich hätte nichts dagegen, wenn zu den Herren auch Fachleute genommen werden, welche außerhalb Berlins wohnen. (Beifall.)

Stadtv. Dinske (N. L.) unterstützt diesen Wunsch Singers hin-sichtlich des Preisrichter-Kollektivums.

Die Vorlage wird angenommen.

Zur Kenntnisnahme hat der Magistrat die Antwort mitgeteilt, die er dem Kultusminister auf seine Erlasse betreffend die Bedingungen der Ueberlassung einiger Teile des bisherigen

Botanischen Gartens

gegeben hat. Der Magistrat hat diese Bedingungen bekanntlich zurückgewiesen.

Stadtv. Kollakowsky (Soc.-fortschr.) kann diesen Beschluß nur billigen, würde aber sehr bedauern, wenn damit nun die ganze An-gelegenheit erledigt und begraben sein sollte. Im Interesse der dortigen Bevölkerung, die leider keineswegs mit dem „reinen Westen“ identifiziert werden könne, sei dringend zu wünschen, daß der Botanische Garten erhalten würde. Wo ein Wille sei, sei auch ein Weg. Man solle mit Schöneberg kooperieren.

Stadtv. Barth (N. L.) kann den Magistrat nicht freisprechen von dem Vorwurf, die ganze Sache so dilatorisch behandelt zu haben, daß sie jetzt nach allen Seiten verfahren erscheine. Die von der bestehenden gemischten Deputation gefassten Beschlüsse seien nicht ausgeführt worden. Allerdings sei die Forderung des Fiskus, das abzutretende Terrain als Baugrund für 2 Millionen zu erwerben, unbillig, und die weitere Forderung, das Vorlaufrecht der Schöneberger Bauern an der Grunewaldstraße abzuschaffen, in ihren finanziellen Konsequenzen geradezu unübersehbar. Hoffentlich komme aber die Sache durch die Initiative des Magistrats doch endlich zum Ziel.

Stadtv. Singer (Soc.): Man kann ja bedauern, daß der Ma-gistrat so lange Zeit zu seiner Antwort an das Ministerium gebraucht hat. Man soll aber bei alledem nicht vergessen, daß es sich heute für uns hier nicht darum handeln kann, dem Magistrat Vorwürfe zu machen, sondern der Regierung gegenüber muß ausgesprochen werden, was die Bürgerschaft über die Offerte der Regierung denkt. (Lebhafte Zustimmung.) Meine Freunde würden, wenn es sich um eine Be-schlußfassung handelte, die Haltung des Magistrats in allen ihren Teilen billigen. Die Art, wie der Minister die Sache uns gegen-über behandelt, ist eine solche, wie sie in einem Kulturstaat nie vor-kommen würde; sie illustriert treffend das Wort, daß

Preußen für Kulturspenden kein Geld

hat. Ich teile auch die Hoffnungen nicht, welche von anderen Seiten auf den Finanzminister und seinen guten Willen

gesetzt werden; wir würden also auch weitere Unterhandlungen für überflüssig halten. Im preussischen Abgeordnetenhaus scheint es ja jetzt Mode zu werden, daß die Minister dem Parlament, wenn nicht falsche, so doch ganz unvollständige Angaben machen. Dagegen hat der Minister darüber gesagt, daß die Stadt Berlin überhaupt nicht auf seine Offerte geantwortet hat. Der Minister hat aber verschmäht, dem Hause mitzuteilen, daß neben den 2 Millionen große Summen der Stadt zur Last fallen würden, weit über 2 Millionen hinaus, ja, daß der Stadt Verpflichtungen auferlegt werden sollten, die gar nicht zu übersehen sind, nämlich bezüglich der Vorkaufrechtsabläsungen. Bei solcher In-formation ist es ja kein Wunder, wenn der Landtag einstimmig in die Beschwerden über Berlin, das bloß immer haben, aber niemals geben möchte. Die Regierung verschmäht es nicht, aus fiskalischem, aus finanziellen Interesse einen Park zu zerstören, welcher seit Jahrhunderten wissenschaftlichen Belehrungen und der Erholung der Bürgerschaft dient, dieselbe Regierung aber legt der Stadt das Opfer auf, zwei Millionen zu bezahlen mit der Verpflichtung, den Park dauernd zu erhalten! Eine solche Postille ist tatsächlich der preussischen Finanzwirtschaft würdig. Es ist ein höchst

bedauerliches Zeichen

unsrer Entwicklung, daß wir von einem so unglaublichen Opfer hier sprechen müssen, das gebracht wird um der Millionen willen, welche für die Staatskasse dabei herauskommen. Das ist derselbe preussische Staat, der sich weigert, für Schul- und andere Kulturzwecke irgend erhebliche Summen aufzuwenden; er nimmt den Bürgern noch diejenigen Stätten, wo sie Erholung finden können, einfach, um Geld daraus zu schlagen! Wir können ja nicht auf die Entscheidung einwirken, wir müssen uns damit begnügen, festzustellen, daß wir eine der seltensten Verquickungen in einem preussischen Gesetz vor uns haben: die Opferung des Botanischen Gartens um des Neubaus der Charité willen! Was soll man von hier aus erwarten? Wir haben uns erboten, die Kosten der Unterhaltung des Botanischen Gartens als Park zu tragen. Ein weiteres kann von unsrer Seite nicht geschehen; wir haben als Stadtgemeinde nicht die Aufgabe, der

Vauspekulation

zu dienen, dagegen muß aufs energischste protestiert werden. Auf-gabe der heutigen Versammlung wäre, einen scharfen Protest gegen die Art zu erheben, mit der jetzt in Preußen alte Kultursstätten vernichtet werden, um Gelder für den Staat zu schaffen. Gegenüber der Stimmung in den betreffenden Kreisen der Bürgerschaft ver-spreche ich mir auch von neuen Verhandlungen gar nichts; der Kultus-minister hat den ernsthaften Willen, auf diesem Wege die Sache zu fördern, nicht erkennen lassen. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow (N. L.): Ich kann den Unwillen der Vertreter des Westens verstehen. Was die Rechtslage betrifft, so möchte ich hier zurückweisen, was der Finanzminister im Landtage über die Frage der Schenkung des Kleinen Tiergartens seitens der Stadt Berlin an den Großen Kurfürsten gesagt hat. Stadtrat Friedel hat seitdem unermüdlich nachgewiesen, daß die Stadt Besitzerin des Kleinen Tier-gartens gewesen ist und diesen seiner Zeit an den Kurfürsten ab-gegeben hat, ohne bis jetzt das versprochene Äquivalent erhalten zu haben. Der Minister aber stellte es so dar, als ob das eine ganz dunkle Angelegenheit und der Tiergarten von allem Anfang an Jagdrevier gewesen sei. Was der Staat jetzt noch als Park erhalten will, ist übrigens bloß ein Torso, der überdies weit mehr Schöneberg als Berlin zu Gute kommt. Der dortige Oberbürgermeister ist aus dem Berliner Schoß hervorgegangen; er sollte sich doch dessen erinnern. Was Schöneberg bietet, ist so lächerlich klein, daß es Berlin nicht zugemutet werden kann, daraufhin weiter zu unterhandeln. Wir brauchen dem Fiskus nicht die Kaffianen aus dem Feuer zu holen.

Stadtv. Cassel (N. L.): Wir teilen das Bedauern sämtlicher Vorredner über die Entwicklung der Sache, halten aber auch die Haltung des Magistrats für durchaus korrekt. Nicht wir haben diese Opfer zu bringen, um der Absicht des Fiskus, das Terrain auszuklachten, Vorschub zu leisten, und insoweit kann ich auch den Ausführungen des Kollegen Singer lediglich beipflichten. Damit schließt die Besprechung dieses Gegenstandes. Gegen die Wichtigkeit der

Gemeindewählerliste

die vom 15.—30. Juli cr. öffentlich ausgelegen hat und von 1476 Personen eingesehen worden ist, sind 18 Einwendungen erhoben worden. Die Prüfung der Einsprüche wird dem Ausschuss für die Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen überwiesen.

Die Gilla-Bühowschen Erben beabsichtigen einen Teil des ihnen gehörigen Grundstückes zwischen Prenzlauer-Allee und Greifswalderstraße aufzuteilen und zwei neue Straßen 29a und 29b zur Verbindung der Prenzlauer-Allee mit der Wins- und Greifswalderstraße anzulegen.

Der Magistrat ist einverstanden und sucht die Zustimmung der Versammlung nach.

Stadtv. Hünne (Soc.): Die Benannten besitzen das ganze Terrain an der Greifswalderstraße von der Eibingerstraße bis Weihensee. Hier bietet sich einmal eine Gelegenheit, darauf hinzuwirken, daß sie zur Regulierung der Greifswalderstraße selbst etwas beitragen. In diesem Sinne beantrage ich Ausschussberatung.

Die Versammlung beschließt demgemäß. Schluß nach 7 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung wurde im August d. J. mit 8 Tage 11 Wochen und 1 Tag Freiheitsstrafen und 900 M. Geldbuße belastet.

Totenliste der Partei. Ein alter Kassaheuer, der Parteigenosse Wilhelm Weller, ist in Frankfurt a. M. gestorben. Die Frankfurter „Vollstimme“ schreibt über ihn:

Wilhelm Weller wurde am 22. September 1833 zu Kassel ge-boren, ging frühzeitig in die Fremde und trat anfangs der sechziger Jahre in Leipzig in den dortigen Arbeiter-Bildungsverein ein. Als er später nach Frankfurt übersiedelte, wohnte er bei dem Cigarren-händler Strauß, der später nach der Gründung der Frankfurter Lassallegemeinde als erster Bevollmächtigter fungierte. Nach Strauß wurde Bernhard Weder Bevollmächtigter, nach diesem Weller, nach Weller bekanntlich Fritz Ellner, dessen feitzigsten Geburtstag wir kürzlich feierten. Weller zeichnete sich gleich in den ersten Wochen seines hiesigen Aufenthaltes durch großen Eifer in der Agitation aus, sprach auch wiederholt in der Umgegend und erkreute sich bei allen Lassalleanern durch sein schlichtes ehrliches Wesen großer Beliebtheit. Ein „ge-borener Redner“ war er ja freilich nicht, er sprach aber frisch von der Leber weg und in humoristischer Weise. Nach einem Referat, das Weller einmal im Klub hielt, kam der damalige Frankfurter Polizeikommissär zu unrem alten Genossen Ellner und meinte: „Gottverdammt noch aamol, machts doch net zu doll, ei, Ihr halt ja Redde, als ob's morje schon uff de Barrikade gehe sollt!“ Eine Versammlungsüberwachung und dergleichen gab's damals in der freien Stadt Frankfurt nicht, auch wurden von der Polizei trotz der wiederholten „bringenden Vorstellungen“ der preussischen Polizei keinerlei Versuche gemacht, der agitatorischen Tätigkeit der Frankfurter Lassalleaner-Gemeinde Hindernisse in den Weg zu legen. Das wurde natürlich anders, nachdem Frankfurt die Ehre hatte, preussisch zu werden. Gleich nach der Besetzung der Stadt durch Vogel von Falckenstein am 18. Juli 1866 mehrten sich die „verdächtigen Gesellen“ in der Nähe des damaligen Parteilokales zum Klub und am 20. Oktober 1866, 2 Tage nach der Einverleibung Frankfurts in Preußen fanden sowohl bei unrem Genossen Ellner, wie bei Genossen

Weller die ersten hochnotpeinlichen Hausdurchsuchungen statt, die sich dann wiederholten von Woche zu Woche.

In Anerkennung seiner Verdienste um die Ausbreitung der Ideen Lassalles wurde Weller auch bei der ersten Wahl zum Nord-deutschen Bundesreichstag (12. Februar 1867) als sozialistischer Kandidat aufgestellt und brachte es auf ca. 370 Stimmen, eine für damalige Verhältnisse unerwartet hohe Zahl.

Ein arbeitsreiches Leben, voll von Kämpfen und Widerwärtig-keiten hat also hier seinen Abschluß gefunden. Wenn Weller auch in den letzten Jahren, verhindert durch ein schweres nervöses Leiden, in der Partei keinen „aktiven Dienst“ mehr zu thun vermochte, so blieb er doch bis zu seinem letzten Atemzuge dem Sozialismus treu und hat in stiller Kleinarbeit manchen Indifferenten, manchen Schwankenden „konfirmiert“, wie er zu sagen pflegte. In den Zeiten der schwersten Kämpfe stand Weller stets in vorderster Linie. Unter Zustimmung Lassalles gründete Weller den ersten freien Turnverein in Frankfurt, später unter dem Socialistengesetz schuf er zusammen mit unrem alten Genossen Obst den Arbeiter-Vereinsklub, der jedoch auch der Auf-lösung verfiel. Wir wollen das Andenken des wackeren Toten stets in Ehren halten!

In der Buchdruckerei der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ in Kiel wird am 1. Oktober die effektiv achtstündige Arbeitszeit für das gesamte Personal eingeführt werden.

Das socialdemokratische Plakat am Bahnhofszoo.

Das „Sächsische Volksblatt“ in Jwidau hatte auf ergangene Offerte einer Plakatsfirma ein großes Plakat bestellt, das am Bahnhofszoo angebracht wurde und dort für drei Jahre bleiben sollte. Dieser Tage erhielt der Verlag jedoch von der Plakatsfirma folgende Zuschrift:

Dresden-A. 21. 8. September 1904.

„Sächsisches Volksblatt“, Jwidau.

Wir sind in der unangenehmen Lage, Ihnen die Mitteilung machen zu müssen, daß Ihr Meilame-Plakat am Bahnhofszoo zu Jwidau auf Veranlassung der königlichen Generaldirektion der Sächsischen Staatsbahnen entfernt werden mußte. Bei Annahme Ihres Auftrages haben wir von der politischen Richtung Ihrer Zeitung keine Kenntnis gehabt, und unser Vertreter hat uns leider über diesen Punkt nicht informiert. Andernfalls wären wir laut Ver-trag mit der königlichen Generaldirektion gar nicht in der Lage ge-wesen, Ihren Auftrag anzunehmen zu können. Wir bedauern das Ver-sehen unseres Reisenden und bitten deshalb um Entschuldigung.

Die Ihnen zugestellte Rechnung vom 31. August ist natürlich hierdurch annulliert.

Hochachtungsvoll

Leutert u. Schneidewind.

Die königlich sächsische Staatsbahnverwaltung erweist sich also sehr besorgt um die Verhütung von Eisenbahnunfällen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Verfolgungen der Parteipresse. Vor wenigen Wochen haben erst die Genossen Kadlof und Wehrlein von der Breslauer „Vollstacht“ das Gefängnis verlassen, und am 7. September wurde den Redakteuren Wehrlein und Löbe bei einer polizeilichen Vernehmung eröffnet, daß vier neue Prozesse gegen dieselben wegen Verbrechen eingeleitet sind.

Genosse Wehrlein war kürzlich auch zu einer Geldstrafe von 1000 M. verurteilt worden wegen Verleumdung aller deutschen Unter-offiziere; in einer der letzten Gerichtsverhandlungen gab der Vor-sitzende zu, daß diese Verurteilung unhalbar ist, weil der § 185 nur eine Höchststrafe von 600 M. zuläßt. — Ein gleichartiges Versehen würde einem Redakteur circa einen Monat Gefängnis einbringen.

Soziales.

Verbrechen und Strafrecht.

Die jüngst erschienene Bearbeitung der Kriminalstatistik für das Jahr 1901 läßt wieder einmal einen Blick thun in die Wirkungen der deutschen Strafrecht. Die nachfolgende Tabelle, die für die 20 Jahre seit Bestehen der Kriminalstatistik eine Scheidung der-jenigen Verurteilten, die im betreffenden Jahre zum erstenmal be-straft wurden, von denen vornimmt, die schon vorbestraft waren, zeigt in den Prozentzahlen der letzten Reihe, mit welcher tödlichen Sicherheit der Strafvollzug Verbrecher züchtet, während sein offizieller Zweck sein soll, vor dem Verbrechen abzuwarnen und die Verbrecher zu bestrafen.

Die Prozentzahlen der folgenden Tabelle geben das Verhältnis der Vorbestraften zu den zum erstenmal Verurteilten. Es wurden danach bestraft im

Jahre	Anbestrafte	Vorbestrafte	85 Proz.
1882	233 557	82 292	35
1883	225 776	85 320	37
1884	237 445	91 047	38
1885	231 281	93 841	41
1886	234 458	98 982	42
1887	233 479	102 710	44
1888	226 454	102 790	45
1889	234 406	115 555	49
1890	237 242	134 921	52
1891	240 295	132 945	55
1892	257 043	146 549	57
1893	259 887	151 531	59
1894	264 007	164 547	62
1895	264 311	172 008	65
1896	262 224	177 440	68
1897	264 269	183 686	70
1898	269 758	191 748	71
1899	268 047	195 029	73
1900	262 770	198 709	74
1901	275 065	209 197	76

Im Jahre 1882 also betrug die Zahl der Vorbestraften nur etwas über ein Drittel der zum erstenmal Verurteilten, 1901 be-trug sie drei Viertel. Und diese Steigerung geht mit unheimlicher, durch nichts gestörter Regelmäßigkeit vor sich. Aber noch mehr. Von der Gesamtzahl der Vorbestraften waren 1882 einmal vorbestraft; 42 Proz., zweimal vorbestraft: 22 Proz., drei- bis fünfmal vorbestraft: 25 Proz., sechsmal und öfter: 9 Proz. (Nest unbekannt, wie oft vorbestraft). 1901 aber waren von der Gesamtzahl der Vorbestraften 36 Proz. nur einmal vorbestraft, 19 Proz. zweimal, 27 Proz. drei- bis fünfmal, 18 Proz. sechsmal und öfter. Der Anteil der mehr als fünfmal Verurteilten an der Gesamtzahl der Vorbestraften hat sich also in den 20 Jahren verdoppelt.

Es hat sich zwar die Gesamtzahl der Verurteilten im Verhältnis zur strafmündigen Zivilbevölkerung des Reiches ständig erhöht; es wurden im Jahre 1882 auf 100 000 strafmündige Zivilpersonen 996 wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze verurteilt, 1901 aber 1223. Noch in keinem der 20 Jahre war diese Ver-hältniszahl so groß wie 1901, es wird aber nicht nur diese Vermehrung ausschließlich durch die Vorbestraften ver-ursacht, sondern die Vermehrung der Gesamtzahl durch die Vorbestraften entsteht trotz Abnahme der Erstbestrafungen. Es wurden im Jahre 1882 auf 100 000 strafmündige Zivilpersonen 736 zum erstenmal bestraft, im Jahre 1901 aber nur 695. Die Zahl unter-liegt in der Reihenfolge der Jahre gewissen Schwankungen, aber die

Zahl 780 wurde nur im Jahre 1884 überschritten (741) und nur noch im Jahre 1894 erreicht. Und unter der Zahl 695 stießen nur die Jahre 1888 mit 677, 1889 mit 690, 1890 mit 687, 1891 mit 691 und 1900 mit 670, die günstigste Zahl der 20 Jahre. Trotz des offensiblen Zusammenhanges der Schwankungen in den Erstbestrafungen mit der wirtschaftlichen Konjunktur eine unerkennbare Tendenz zur Abnahme der Bestrafungen. Trotzdem aber die dauernde Zunahme der Gesamtbestrafungen, verursacht durch die unheimlich rasche Zunahme der Bestrafungen Vorbestrafter. Die bürgerliche Gesellschaft könnte in ihrem eignen Interesse gar nichts Klügeres thun, als ihre ganze Straffußkraft einpenden und ihre Gefängnisse abbrechen. Je mehr sie strafft, um so mehr Verbrechen werden begangen. Die Bekämpfung des Verbrechens liegt nicht auf dem Boden der Straffußkraft, sondern auf dem Boden der Socialpolitik.

Die verspätete Ausschüttung der Invalidenrente, des Krankentags u. nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses führt oft zu Prozessen vor dem Gewerbegericht, bei denen Schadenersatz verlangt wird, weil der Angestellte ohne die „Papiere“ keine andre Beschäftigung erhalten konnte. Gelingt der Nachweis des Schadens und eines Verschuldens des Arbeitgebers oder seiner berechtigten Vertreter, und sei es auch nur ein fahrlässiges Verschulden, so ist der Anspruch nach der gewerbegerichtlichen Praxis begründet. Einfache Wummelerei, gewisse Ungenauigkeiten im Geschäftsbetriebe rechnen auch zu solchen Fahrlässigkeiten. So hatte der Instrumentenfabrikant Berger mit einer Lohnentschädigung für mehrere Tage dafür zu büßen, daß er die „Papiere“ eines früheren Angestellten an die nicht mehr maßgebende Adresse, die er auf der Invalidenrente fand, gesandt hatte, so daß der Arbeiter sie erst einige Tage später erhielt. Gewerbebericht Dr. Schälhorn rügte bei der Gelegenheit nicht nur die Fahrlässigkeit mancher Unternehmer in Bezug auf die Herausgabe der ihnen anvertrauten Bücher und Karten, sondern hob auch hervor, daß die aus einer Stellung austretenden Arbeiter oft unmögliche Prozesse verhindern könnten, z. B. dadurch, daß sie beim Austritt auf die als baldige Auslieferung der „Papiere“ oder schnellste Zusendung beständen und diese durch genaue Angabe ihrer letzten Adresse ermöglichen. Diese Mahnung ist durchaus beachtenswert. Denn selbst wenn vor Gericht Schadenersatz erzielt wird, bringt doch der Prozeß Zeitverlust und Unbequemlichkeiten. Andererseits aber besteht auch die Möglichkeit der gerichtlichen Annahme eines eignen Verschuldens des Arbeiters und damit die Möglichkeit der Abweisung des Anspruchs auf Schadenersatz. Es kommt eben bei solchen Ansprüchen sehr wesentlich auf ein Abwägen der Einzelumstände im gegebenen Falle an.

Ein Lehrlingsbuch-Gesetz im Kanton Zürich.

Zürich, 6. September. (Fig. Ver.)

Dem Züricher Kantonsrat liegt ein von der Regierung ausgearbeiteter Entwurf zu einem Lehrlingsgesetz vor, der den zweiten Versuch darstellt, das Lehrlingswesen gesetzlich zu regeln. Vor Jahren sollte das durch ein allgemeines Gewerbegesetz geschehen, allein dasselbe wurde in der Volksabstimmung verworfen. An dem vorliegenden Entwurf ist schon der § 1 insofern bemerkenswert, als er nicht vor dem Fabrik- und Handelslehrling Halt macht und sich nur auf den Handwerkslehrling beschränkt, sondern die Wirksamkeit des Gesetzes auf jede minderjährige männliche oder weibliche Person erstreckt, welche in einem handwerksmäßigen oder industriellen Betriebe, in einer Lehrwerkstätte, einer Fachschule oder in einem Handelsgeschäft einen bestimmten Beruf erlernen will. Für Gewerbe und Industrie wird das vollendete 14. für den Handel das 15. Lebensjahr des Lehrlings als die untere Altersgrenze bezeichnet. Der Entwurf schreibt sodann den schriftlichen Lehrvertrag mit den nötigen inhaltlichen Bestimmungen und dessen Ausfertigung in 3 Exemplaren vor, wovon außer den beiden beteiligten Parteien auch die kantonale Volkswirtschaftsdirektion (Ministerium) ein Exemplar erhält; ihr ist auch von eventuell vorkommenden Vertragsänderungen Mitteilung zu machen. Ueber die Aufhebung des Lehrvertrages und über die daraus sich ergebenden zivilrechtlichen Folgen entscheidet das gewerbliche Schiedsgericht, und wo ein solches nicht besteht, der zuständige Richter. Pflichtvergessenen Lehrherren kann bis auf die Dauer von fünf Jahren das Recht, Lehrlinge zu halten, entzogen werden. Für Lohnzahlung darf dem Lehrling gegenüber das Accordsystem nicht in Anwendung gebracht werden (dieser Bestimmung ist eine socialdemokratische Verbesserung). Für den obligatorischen Schulunterricht und den (fakultativen) Religionsunterricht ist dem Lehrling die nötige freie Zeit einzuräumen und zwar für den Unterricht, der in die Arbeitszeit fällt, wenigstens 4 Stunden wöchentlich. Die tägliche Arbeitszeit darf, insofern nicht das Arbeiterinnenschutzgesetz mit dem Feiertagsgesetz in Betracht kommt, 11 Stunden nicht übersteigen. Zu Nacht- und Sonntagsarbeiten darf der Lehrling nicht verwendet werden, es sind jedoch Ausnahmen gestattet. Für nichtig erklärt wird die in den Lehrverträgen eingezeichnete sog. Konkurrenzklause. Ueber die Dauer der Lehrzeit, über die Maximalzahl von Lehrlingen in einem Betriebe kann der Regierungsrat auf dem Verordnungsweg Bestimmungen aufstellen. Die Lehrlingsprüfung wird obligatorisch erklärt. Die Oberaufsicht über das Lehrlings- und berufliche Bildungswesen wird von der kantonalen Volkswirtschaftsdirektion ausgeübt, der sachmännliche Inspektoren und Inspektörinnen Bericht zu erstatten haben. Der Volkswirtschaftsdirektion werden ferner Kommissionen für das Fabrik-, Gewerbe- und Handelswesen zur Seite gestellt und aus gleich viel Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer, die auf unverbindlichen Vorschlag der beiderseitigen Organisationen von der Regierung gewählt werden, zusammengesetzt. Diese Kommissionen haben über alle wichtigeren Fragen bezüglich des Lehrlingswesens und des sachmännlichen Bildungswesens Gutachten abzugeben. Für die Förderung des Lehrlingswesens sind Staatsbeiträge in Aussicht genommen. Die Uebertretung des Gesetzes wird mit Geldbußen von 5 bis 200 Franken bedroht.

So ist der Entwurf aus den Beratungen der kantonsrätlichen Kommission hervorgegangen und er enthält bereits einige, von den socialdemokratischen Mitgliefern durchgesetzte Verbesserungen. Ihre abgelehnten Anträge unterbreiten sie nun dem Kantonsrat für die zweite Lesung des Entwurfes als „Widerberichtigungsantrag“, aus dem folgendes angeführt sei. Die tägliche Arbeitszeit darf 10 Stunden nicht übersteigen. Der Lehrling soll einer vollständigen ununterbrochenen, vollständigen Sonntagsruhe teilhaftig werden. Ueber die Mittagszeit sind wenigstens 1½ Stunden freizugeben. Es ist verboten, den Lehrlingen über die gesetzliche Arbeitszeit des Geschäfts hinaus weitere Arbeit nach Hause mitzugeben. Während der Ruhepausen dürfen die Lehrlinge den Arbeitsraum verlassen. Obligatorische Unterrichtsstunden für Lehrlinge unter 18 Jahren zählen bei Berechnung der zulässigen Arbeitszeit mit. Die körperliche Züchtigung ist untersagt. Ausnahmeweise Verlängerung der Arbeitszeit darf nur aus folgenden Gründen bewilligt werden: Arbeitsverhältnis infolge von Betriebsstörung, Arbeitsüberhäufung in der Saison, Bestellungen anlässlich unvorhergesehener bestimmter Ereignisse, Abwendung von großem Schaden, drohende Materialverderbnis, Verhütung der Arbeitslosigkeit anderer. Die Verlängerung der Arbeitszeit darf täglich höchstens 2 Stunden und nicht mehr als 75 Stunden im Jahre betragen; sie soll möglichst vor 8 Uhr abends endigen und auf keinen Fall über 9 Uhr hinausgehen. Der Lohn für die Ueberstunden soll wenigstens um 25 Proz. höher sein als der gewöhnliche Lohn. Ueberzeitarbeit bis zu 6 Tagen kann der Gemeinderat bewilligen, für längere Dauer ist die Volkswirtschaftsdirektion zuständig. Die Ueberzeitbewilligung ist im Arbeitsraum anzuschlagen. Schließlich fordert der socialdemokratische Antrag noch hygienisch befriedigende Arbeitsräume und Schutzvorrichtungen zur Unfall- und Krankheitsverhütung.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste. Schmargendorf. Das Lokal „Café Wein“, Hubertusbadstraße 8, am Grunewald, steht jetzt der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. zur Verfügung. — Berlin. Am Sonntag, den 11. September veranstaltet der Verein ehemaliger Schüler der 40. Gemeindeschule ein Wohlthätigkeitskonzert in der Neuen Philharmonie, Köpenickerstr. 96/97. Da man versucht, in Arbeiterkreisen dazu Willens abzulegen, so weisen wir darauf hin, daß dies Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. nicht zur Verfügung steht; das Konzert ist daher streng zu meiden.

Die Lokal-Kommission.
Das Mitglied der Kontrollkommission, Johannes Pfarr, wohnt jetzt Quirjoststr. 122, Hof part.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten, die erste nach den Sommerferien, wurde vom Vorsteher Langerhans mit einer Verbeugung nach oben eröffnet, die der Verlobung des Kronprinzen galt. Herr Langerhans hatte amtlich seine Freude über dieses Ereignis zu äußern. Sie kam ihm augenscheinlich ebenso von Herzen, wie seinen freimüthigen Kollegen, die ihm in lothaler Andacht zuhörten. Die üblichen Glückwünsche und Ergebenheitsadressen sind bereits abgeschickt worden, weil Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung der Haupt- und Residenzstadt nicht auf sich warten lassen durfte. Herr Langerhans hatte nur noch die nachträgliche Zustimmung zu erbitten.

Es folgten ein paar Nachrufe auf Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, die in den Ferien verstorben sind, sowie die Einführung eines neugewählten Stadtrats in sein Amt. Aus den geschäftlichen Mitteilungen ist von Interesse die Nachricht, daß unser Parteigenosse Dr. Friedberg sein Mandat niedergelegt hat.

In der langen Reihe der Verhandlungsgegenstände traten besonders zwei hervor. Zur Erlangung von Entwürfen für den Nordpark, der auf den Neuhagen angelegt werden soll, will der Magistrat ein Preisausreiben erlassen. Genosse Singer sprach den in unsrer Zeit leider nicht überflüssigen Wunsch aus, daß diese städtische Parkanlage von der Denkmalskommission verschont bleiben möge. Zu einer längeren Debatte führte das Stadtverordneten zur Kenntnisnahme vorgelegte Schreiben, durch das der Magistrat in der Angelegenheit der Erhaltung des Botanischen Gartens dem preussischen Unterrichtsministerium mitgeteilt hat, daß die Stadt Berlin auf die unverständlich hohen und übertriebenen Forderungen des Fiskus nicht eingehen kann. Die Pludschpolitik des Fiskus wurde einmütig von allen Rednern verurteilt. Ein paar freimüthige Stadtverordnete aus dem speziell interessierten Potsdamer Viertel wollten dabei auch einige Seitenhiebe gegen den Magistrat führen, aber Genosse Singer wies darauf hin, daß es im Augenblick wichtiger sei, sich mit dem Verhalten der Regierung in Sachen des Botanischen Gartens zu beschäftigen. Der vom Magistrat eingenommene Standpunkt sei durchaus zu billigen; die Stadtgemeinde sei nicht dazu da, die Spekulation des Staates zu unterstützen. Singer nannte es ein bedauerliches Zeichen der Zeit, daß dieser ganze Streit um den Botanischen Garten überhaupt nötig sei.

Siechenhausfragen. Der „Vorwärts“ hat oft dargelegt, daß die Stadt Berlin die Pflicht hat, für die Unterbringung armer und hilflosbedürftiger alter Leute in Hospitälern und Siechenhäusern mehr als bisher zu thun. Hierzu wird jetzt „aus der hiesigen städtischen Praxis heraus“ dem „Lokal-Anzeiger“ mitgeteilt, daß „diese Art von Fürsorge häufig gar nicht so leicht zu betätigen ist, wie es den Anschein hat“. Als Beispiel wird angeführt, daß ein alter, kränklicher Mann, der in Wind und Wetter an einer Brücke Streichhölzer feilhielt, sich den Bemühungen, ihn von dort wegzubringen und ins Siechenhaus zu schaffen, hartnäckig widersetzt habe. Ebenso sei ein armer, alter Schuhleder nebst Ehefrau, obwohl beide kränklich waren, nicht zu bewegen gewesen, „die Wohlthat des Hospitals anzunehmen“. Als der Mann im 92. Lebensjahre halb mit Gewalt dorthin gebracht wurde, habe er sich deshalb das Leben genommen.

Wir sehen nicht recht ein, was mit der Veröffentlichung dieser Vorkommnisse bezweckt wird. Hat man im Rathaus keine andern, wichtigeren Sorgen als die, wie man arme, alte Leute wider ihren Willen in die Siechenanstalt hinein bekommen kann? An Beispielen, die gleichfalls „aus der hiesigen städtischen Praxis heraus“ mitgeteilt wurden, hat der „Vorwärts“ früher gezeigt, daß alte Leute manchmal sehr warten müssen, ehe die Thore der Siechenanstalt sich ihrer Hilfsbedürftigkeit öffnen. Selbstverständlich geschieht es nicht aus Hartnäckigkeit, daß die Verwaltung sich so lange bitten läßt. Die vorhandenen Anstalten sind zu klein, das ist im „Vorwärts“ oft genug gesagt worden. Hätte man aber im Rathaus bei Zeiten sich Sorge darum gemacht, daß die Siechenanstalten vermehrt werden müßten, dann stände es heute anders und besser um die Fürsorge der Stadt Berlin für das hilflose Alter. Es ist wahr, daß mancher Arme sich in sein Siechenhaus und sein Altenheim hineinbegeben mag, obwohl man ihm die Aufnahme anbietet. Aber sicherlich ist sehr viel größer die Zahl derjenigen, die um Aufnahme bitten und trotzdem nicht aufgenommen werden können, weil kein Platz für sie da ist.

Die Bauhäufigkeit Berlins im Jahre 1903. Nach den Veröffentlichungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin sind im Jahre 1903 in Berlin 685 Neubauten als gebrauchsfertig abgenommen worden (gegen 606 im Vorjahre). Der Gesamt-Versicherungswert dieser neuen Gebäude, deren ganze bebaut Fläche 328 079,50 Quadratmeter umfaßte, betrug 122 323 972 M. Von den Neubauten waren: 524 Wohnhäuser, 19 andre Gebäude mit Wohnungen und 142 Gebäude ohne Wohnungen. Durchschnittlich betrug die Fläche eines neugebauten Wohnhauses 507,10 Quadratmeter (im Vorjahre 477,71). Der durchschnittliche Versicherungswert eines neugebauten Wohnhauses stieg von 174 281,04 M. im Jahre 1902 auf 185 781,89 Mark im Jahre 1903. Von den 524 neuen Wohnhäusern waren 500 fünfstöckig; 6 Stodwerke hatten 4; drei- oder vierstöckig waren 13, zwei- und ein- oder ein einziges bestand aus einem Stodwerk.

Durch diese Neubauten im Jahre 1903 entfielen 14 357 neue Wohnungen mit zusammen 27 983 heizbaren Zimmern. Hierzu kommen noch 148 Umbauten, durch welche 253 Wohnungen mit 786 heizbaren Zimmern geschaffen wurden. Auf jeden Neubau entfielen 1,77 Läden und 0,25 Restaurationslokale; durch jeden Umbau entstanden durchschnittlich 1 Laden und 0,38 Restaurationslokale. Von 100 in Jahre 1903 durch Neubau entstandenen Wohnungen hatten 0,86 nur Küchen, 0,99 nur 1 Zimmer ohne Küche; von den mit Küchen versehenen Wohnungen 32,89 ein Zimmer, 45,41 zwei, 17,67 drei und vier, 1,77 fünf und sechs und 0,51 sieben und mehr Zimmer. — Von 100 durch Umbau entstandenen Wohnungen hatten 1,58 nur Küchen, 5,14 ein Zimmer ohne Küche; außer der Küche hatten ein Zimmer 20,95; zwei Zimmer 34,78; drei und vier Zimmer 17,79; fünf und sechs Zimmer 12,83; sieben und mehr Zimmer 5,93 umgebaute Wohnungen.

Die Zahl der im Jahre 1903 abgerissenen Gebäude betrug 132, darunter war in 116 Fällen die Zahl der zu diesen Gebäuden gehörigen Wohnungen und Zimmer angegeben. Danach waren in diesen zum Abbruch gelangten Häusern 1044 Wohnungen mit 2061 Zimmern vorhanden.

Die Hauptwerkstätten der Eisenbahn

in Tempelhof sind in der Nacht zum Donnerstag zum großen Teil total niedergebrannt. Die große Lackiererei und Sattlerei mit zahlreichen Eisenbahnwagen und großen Vorräten sind in kurzer Zeit im Raub der Flammen geworden. Das Feuer, dessen Urfache meistens zu sehen war, kam aus unbekannter Ursache abends um 10 Uhr in der Lackiererei nahe der Anhalter Eisenbahn zum Ausbruch. Es wurde von einem Maschinenmeister bemerkt, als es schon eine geraume Ausdehnung erlangt hatte. Die Tempelhofer freiwillige Feuerwehr war schnell zur Stelle, stand aber dem Feuer machtlos gegenüber. Es brannten fünf miteinander verbundene große Schuppen von einer leichten Bauart. Die Dachbedeckung bestand aus einer Holzschalung mit Teerpappe. Brandmauern, die zur Isolierung hätten dienen können fehlten. Es dauerte dann auch nur kurze Zeit und der ganze Komplex, etwa 110 Schritt im Geviert, stand mit allem, was drinn und darauf war, in Flammen. Diese gefährdeten nun besonders die offenen Hallen, in denen viele Wagen demontiert standen, um geprüft und repariert zu werden. Auch der große Wasserturm, der Lokomotivschuppen und ein Oelbassin waren sehr gefährdet. Zum Glück war die Windrichtung eine äußerst günstige und erhielt die Tempelhofer Wehr bald von allen Seiten Verstärkung. Die Berliner Feuerwehr erschien unter Leitung der Brandmeister Rende und v. Brauch mit den Jagen 9, 11 und 12; die Schöneberger rückten mit ihren Dampfprisen an. Hinzu kamen noch die Wehren aus Steglitz, Friedenau, Wilmersdorf, Schmargendorf, Wrig, Lankwitz, Mariendorf usw. Sogar aus Treptow kam noch um Mitternacht eine Spritze an. Etwa 20 Schlauchleitungen wurden vorgenommen. Trotzdem die Charlottenburger Wasserwerke sofort gebeten worden waren, eine Reservemaschine zur Verstärkung der Wasserzufuhr zu benutzen, erwies sich der Druck in der Leitung infolge der geringen Weite der Wasserleitungsrohre und der großen Wasserentnahme mit 20 Schlauchleitungen als viel zu schwach und wahrscheinlich hätte der Brand eine weit größere Ausdehnung erlangt, wenn die Berliner und Schöneberger nicht mit ihren Dampfprisen an rechter Stelle eingegriffen hätten. Brandmeister Rende ließ von Osten angreifen und dadurch wurden die offenen Stellen wirksam geschützt. Der Wasserturm, der schon an mehreren Stellen, besonders oben am Dach in Brand geraten war, wurde von der Schöneberger Wehr geschützt. Während die Wehren erfolgreich an der Lokalisierung des Feuers arbeiteten, waren die Beamten thätig, um das rollende Material aus der Nähe der Brandstätte zu entfernen, eine Lokomotive war unausgeseht in Bewegung, alle Geleise frei zu machen, auf denen mehrere hundert Wagen standen, die alle im Bereich der Flammen waren. Von 10½ bis 12 Uhr bildeten die Werkstätten ein riesiges Flammenmeer. Das Innere war von den Strahlrohren nicht zu erreichen. Nur die Umfassungsmauern konnten mit Erfolg bestrichen werden. Die Dächer stürzten nacheinander krachend in die Gluthen. Die Konturen der vielen im Innern der Gebäude hell brennenden Waggons, darunter viele zweiter und dritter Klasse, konnte man deutlich erkennen. Gegen Mitternacht erschien der Branddirektor Giersberg mit dem Brandinspektor Weder und ertheilte einige Anordnungen. Die Berliner Wehr war auf die Meldung: „Großfeuer“ alarmiert worden, weitere als die schon genannten drei Jäger der dritten Compagnie rückten aber nicht aus, weil es bei dem Wassermangel und der Anwesenheit so vieler Wehren zwecklos gewesen wäre. Um 1 Uhr konnte die Gefahr für eine weitere Ausdehnung des Eisenbahnbrandes als beseitigt gelten, um so mehr, als der Wind nachließ. In später Stunde erschienen noch der Polizeipräsident Graf v. Westarp aus Schöneberg mit dem Branddirektor Hölzer sowie mehrere höhere Eisenbahnbeamte. Zahlreiche Gendarmen aus dem Kreise Keltow und Schutzleute aus Schöneberg mußten die von Tausenden von Personen umlagerte Brandstätte gegen den Andrang absperrten. Nach 1 Uhr rückte die Berliner Feuerwehr ab. Die übrigen Wehren hatten noch bis gestern früh zu thun. Auch heute am Tage ist die Tempelhofer Wehr und die eigene Wehr der Hauptwerkstätte noch thätig. Von dieser stehen nur noch die Umfassungsmauern und drinnen drinnen noch eine Menge Balken, Bagatelle usw. Der Betrieb soll, da der Wasserturm benutzt werden kann, aufrecht erhalten werden. Dieser Brand hat übrigens genau dieselben Erscheinungen gezeigt, wie der Brand der eisenbahnstädtischen Schwelentränkestation in Prag. Obgleich eine eigne Feuerwehr in den Werkstätten eingerichtet ist, fehlte es an genügender Wasserzufuhr, an Brandmauern usw. Wäre es der Berliner Feuerwehr mit ihrer Dampfprisen 11 nicht geblüht, dem Vordringen der Flammen unter Benutzung des günstigen Windes mit Erfolg Widerstand zu leisten, dann wären alle Bemühungen ergebnislos gewesen. Der Schaden ist natürlich sehr groß, da sehr viele Wagen, mehr als hundert, vernichtet sind; er soll sich auf zwei Millionen Mark belaufen. Was auf die Köhlen sind sie verbrannt und auch die Vorräte der Sattlerei, Lackiererei usw. sind vollständig von den Flammen verzehret.

Der Brand hat gezeigt, daß die Wasserbereitstellung dort alles zu wünschen übrig läßt. Hydranten, besonders Lederstich-Hydranten waren reichlich vorhanden, sie lagen aber mit wenigen Ausnahmen zwischen den Geleisen, während an den Zufahrtsstraßen Hydranten fehlten. Ein Teil der Feuerwehren konnte deshalb die Spritzen nicht benutzen und mußte untätig zusehen. Mit den Spritzen war nicht über die Geleise zu den Hydranten zu kommen. Als dann schließlich rund 20 Schlauchleitungen an die Hydranten angeschlossen waren, erwies sich der Druck als viel zu schwach; er war gleich Null. Das Dach des Wasserturmes war nicht zu erreichen. Mit Mühe und Not löschten schließlich die Schöneberger mit ihrer Dampfprisen die Flammen am Wasserturm, wozu das Wasser zum Schluß noch an Hangeln in Eimern in die Höhe gezogen werden mußte. Umständlich war es auch mit anzusehen, wie jede Feuerwehr ängstlich bemüht war, einen Hydranten zu bekommen, der dann in sichere Obhut genommen wurde. Wer später kam, konnte sich dann auf eigne Faust eine Gelegenheit suchen, wo es Wasser gab.

Das Kammergericht wird die von ihm auf fünf Jahre gemieteten 34 Räume in dem neuen Ribnathaus an der Ecke der Schützen- und Charlottenstraße in der nächsten Woche beziehen. Es werden dort der Straßentat und die Ober-Staatsanwaltschaft untergebracht werden, während die dadurch in dem alten Hause freigewordenen Räume zwei neuen Hilfsämtern überwiesen werden, deren Bildung durch die Häufung der Geschäfte bei den Civilämtern notwendig geworden ist.

Die Platinabdiebe. Die Voruntersuchung gegen die Urheber des großen Platinabdiebstahls bei der Firma Siemens u. Halske, über den wir wiederholt berichtet, ist nunmehr abgeschlossen und die Staatsanwaltschaft hat Anklage wegen Einbruchdiebstahls gegen die beiden Brüder Schloffer Stanislaus und August Obierski, die Arbeiter Bretag und Hartmann, sowie wegen Hehlerei gegen die Händler Einseit und Grasnid und den Uhrmacher Hoppe erhoben. Ein vierter Hehler, der Handelsmann Koch, hat sich im Roabiter Untersuchungsgefängnis erkündigt. Koch befand sich bereits wegen eines anderen Delikts in Untersuchungshaft, als die Charlottenburger Kriminalpolizei feststellte, daß K. von dem Haupthehler Einseit einen Teil des gestohlenen Platins angekauft hatte. In seiner Hehlerei machte auch der an dem Einbruchdiebstahl beteiligte Arbeiter Hartmann einen Selbstmordversuch durch Erhängen; S. wurde jedoch noch rechtzeitig gerettet. Als die Behörde dem Führer der Bande, Stanislaus Obierski, diese That seines Komplizen mitteilte, bequente dieser sich endlich zu einem vollen Geständnis über den Aufbewahrungsort der bis dahin noch nicht gefundenen Edelmetalle, der den andern Dieben nicht bekannt war. An fünf einzelnen, in dichter Schirmung liegenden Stellen der Jungfernheide wurde das Metall ausgegraben. Es sind nunmehr fünf Sechself des gestohlenen Platins wieder zur Stelle. Der noch fehlende Rest war von den Dieben in kleinen Porten unter der Hand verkauft worden, so daß sich die jetzigen Besitzer kaum noch entdecken lassen werden. Für die Wiederherbeibringung des gesamten Materials hatte die bestohlene Firma 8000 M. Belohnung ausgesetzt; dieser Betrag ist jetzt entsprechend dem geringeren wiedererlangten Quantum auf 2500 M. herabgesetzt worden, die zur Be-

Einung an Beamte der Charlottenburger Kriminalpolizei kommen werden.

Der Abgeordnete Dasbach bittet um folgende Mitteilung aufzunehmen: Die meisten Verächte über Kellerschöffs Erpressungsverhandlungen sind lächerlich und unwichtig. Die meisten Blätter melden, er habe sich einer Erpressung schuldig gemacht. Dies ist unwichtig; es handelt sich nur um einen Versuch, denn der Abg. Dasbach hat an Kellerschöff nichts gezahlt, sondern dessen anonyme Briefe der Polizei zur Ermittlung des Abänders übergeben, und diese Ermittlung ist mit Dasbachs Weisheit gelungen. Diese Angaben fehlen in den meisten Blättern. Ferner wird behauptet, der Abg. Dasbach sei mit Kellerschöff „intim befreundet“ oder „jahrelang befreundet“ gewesen. Dies ist auch nicht wahr. Er hat Kellerschöff nur zweimal bei politischen Versammlungen gesehen. Endlich handelt es sich in den anonymen Briefen Kellerschöffs nicht um § 175.

Die Vangensenschaft Paradies wird am Sonntag die Feier der Grundsteinlegung auf ihrem 144 Morgen großen Gelände bei Pohnsdorf begehen. Es sollen dort zunächst drei Häuser mit ungefähr 15 Wohnungen errichtet werden. Die Vangenschaft zählt zur Zeit 1200 Mitglieder. Das Bureau befindet sich Kottbuser Str. 44, Hof I rechts; der Vorsitzende Herr G. Kozka wohnt Wienerstr. 29 parterre.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt wieder die Kriminalpolizei. In dem Hause Marusstr. 35 war ein Kleinkind verstorben. Als ein Arbeiter nach der Ursache forschte, fand er in dem Mord die Leiche eines Kindes, das nach ärztlichen Gutachten schon einige Wochen alt gewesen sein muß. Spuren äußerer Gewalt wurden zwar an der Leiche nicht wahrgenommen, doch ist trotzdem nicht anzunehmen, daß das Kind eines natürlichen Todes gestorben sei.

Die Verzweiflungsthat einer Familie. Eine unerwartete Wendung hat die Untersuchung hinsichtlich der Verzweiflungsthat in der Schönholzerstraße genommen, über die wir am Montag berichteten. In dem Hause Schönholzerstr. 22 wurden, wie wir mitteilten, der Antragsführer Oskar Habicht, ein früherer Bäckergehilfe, und seine Frau Leonie, geb. Weniger, durch Leuchtgas vergiftet aufgefunden. Von einem Leuchtgasrohr, das im Keller mündete, war der Beschluß abgegraben. Habicht wurde ins Leben zurückgerufen und nach der Charité gebracht, seine Frau war bereits tot. Nach der ganzen Vorgeschichte war anzunehmen, daß die Eheleute wegen mifflischer Vermögensverhältnisse gemeinsam in den Tod gegangen seien. Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei förderten jedoch Dinge, die den Eheleuten schwer belasten. Hierbei spielen namentlich Briefe, die man von ihm gefunden hat, eine Rolle. Es besteht jetzt der dringende Verdacht, daß Frau Habicht mit der Verzweiflungsthat keineswegs einverstanden war, sondern von ihrem Manne wider ihren Willen umgebracht worden ist. Habicht wurde daher gestern, als er geheilt das Krankenhaus verlassen konnte, von der Kriminalpolizei verhaftet und wegen Mordes der Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Verschwandene ist seit Dienstagvormittag die 76 Jahre alte Witwe Amalie Ditschlowski, die bei ihrem Schwiegersohn, Arbeiter Raab, Schönleinstr. 30 vorn I Treppe, wohnt. Die alte Frau ist etwas schwachsinzig und leidet an Krämpfen; es wird vermutet, daß ihr ein Unglück geschehen ist. Wer etwas über den Verbleib der Verschwandenen weiß, wird gebeten, Herrn Raab Mitteilung zu machen.

Attentat einer Verleumderin. Ueber einen Mordversuch und Selbstmord einer Verleumderin in Ragdeburg werden von dort folgende Einzelheiten gemeldet: Die Köchin Vertha Stief aus Berlin war zu Anfang dieser Woche in Ragdeburg eingetroffen und hatte in der Wohnung ihres Bräutigams, eines Kaufmanns, in der Georgenstraße daselbst Logis bezogen. Nachdem beide am Abend verschiedene Besuche hatten, begaben sie sich nach ihrem gemeinsamen Zimmer zurück. Da die Stief in der Frühe des andern Tages wieder nach Berlin zurückreisen wollte, so wurde, um die Abreise des Paares zu verhindern, die im Zimmer befindliche Federuhr auf 1/2 Uhr morgens gestellt. Der Kaufmann legte sich nun zu Bett, während seine Frau nach blieb. Als der Kaufmann die genannte Zeit verstrichen und der Kaufmann hierbon nachfragte, fragte ein von der Stief abgefeuerter Revolverkugeln, von dem er am Arm getroffen wurde. Der Angeklopfene lief sofort, nur mit einem Hemd bekleidet, zur Thür, um Hilfe herbeizurufen. In demselben Augenblick ertönte ein zweites Schuß, den die Stief selbst in den Mund beigebracht hatte und der ihren sofortigen Tod herbeiführte. Ihre Leiche wurde einstweilen nach der Leichenhalle des altstädtischen Krankenhauses gebracht. Auch ihr Bräutigam hatte die Krankenanstalt aufgesucht, doch konnte er nach Anlegung eines Rotverbandes sofort wieder entlassen werden, da seine Verletzung nur unbedeutend war. Das Motiv zu der That ist darin zu suchen, daß der Kaufmann das seit etwa sechs Jahren mit der Stief unterhaltenen Liebesverhältnis jetzt lösen wollte.

Feuerbericht. Gestern vormittag gegen 11 Uhr lief von der Pflanzharmonie in der Verndorferstraße ein Feueralarm ein. Da nur eine Alarmierung von diesem Gebäude aus von vornherein als „Mittelfeuer“ angesehen wird, so rückten sofort mehrere Löschzüge mit Dampfstrahlen aus. Auch Branddirektor Giersberg eilte dorthin. Es stellte sich aber heraus, daß die Gefahr bereits von dem Hauspersonal beseitigt war, weshalb die Wehr unverzüglich wieder kehrt machen konnte. In einem Heißaal waren lediglich einige Lappen in Brand geraten. — Fröhlich bald nach 3 Uhr wurde der 17. Löschzug nach der Mitterstr. 45 gerufen. Hier war auf dem dritten Hofe in einer im dritten Stock gelegenen Metallwarenfabrik Feuer ausgebrochen, das schon lange Zeit unbemerkt geschwelt haben mußte. Als es nämlich vom Wächter bemerkt wurde, brannte schon die ganze Gassenlage und Schwalde zum zweiten Stock und auch schon eine Reihe Regale. Der Wächter fand in seiner Aufregung in der Umgegend keinen öffentlichen Feuermelder, weshalb er sich den Weg zu der in der Lindenstr. 41 gelegenen Hauptfeuerwache machte. Dadurch dauerte es geraume Zeit, bevor die Wehr an Ort und Stelle war. Es war schon zu spät, als man an den Brandherd heranzukommen, da große mechanische Eisenführer den Eingang zu dem brennenden Räume versperrten. Erst als man auf dem dritten Hofe ein Feuer mechanische Leiter errichtet hatte, konnte man sich durch Einschlagen der Fabrikfenster Eingang verschaffen. Die Balken- und Schwalde brannten schon in ihrer ganzen Ausdehnung. Die Wehr hatte nun fast zwei Stunden zu thun, um die Gefahr zu beseitigen. Der Brand soll durch einen sogenannten Stanzmaschinenausgelassen sein. — Ein zweiter größerer Brand beschäftigte die Wehr am Abend in der Pallisadenstr. 57. Dort hatten Cellararbeiten in einem Keller Feuer gefangen und mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken. — Wegen einer Gasexplosion erfolgte ein Alarm nach der Schützenstr. 16/17. Sie war durch grobe Unvorsichtigkeit herbeigeführt worden. Zwei Personen trugen dabei Brandwunden davon und mußten von den Samaritern der Wehr verbunden werden. — Möbel, Kleidungsstücke und Dedeln gingen in der Reichenbergerstr. 122 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Wangenstr. 56 im Ziergehäuse ein Hängeboden brannte. — Unherdorn erfolgten in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen nach der Reuen Promenade 7, Chausseestr. 1a, Wiesenstr. 53 und nach einigen anderen Orten, doch handelte es sich in allen diesen Fällen um ganz unbedeutende Anlässe.

Theater. Gerhart Hauptmanns Schauspiel „Kose Bernd“ wird nach 98 Abendvorstellungen am nächsten Sonntag in der Lössing-Theater zum erstenmal als Nachmittags-Vorstellung mit Elfe Lehmann in der Titelrolle gegeben. — Central-Theater. In der Freitag stattfindenden Aufführung der Operette: „Der Vogelkändler“, liegen die Hauptrollen in den Händen der Damen Josefine Veltori (Kurtis) Marie Gastald (Wirtin) und der Herren Rudolf Ander (Koch) Hans Horsten (Graf Stanislaus), Emil Albes und (die beiden Professoren), Karl Schulz (Adam). Neu hinzugekommen sind die Hauptrollen der Baronin Adelaide mit den Damen Helene Koch, der Kellnerin Jette mit Lisa Weise und der Brief-Gehilfen, die von Wini Grady dargestellt wird.

Einem Mörike-Abend veranstaltet am Sonntag, den 11. September, abends 8 Uhr, die „Neue Freie Volksbühne“ in den Berliner Industrie-Sälen, Dönhofsstr. 19/20. Mitwirkende: Dr. Gust. Kühn (Vortrag und Recitationen), Frau Else Most-Schach (Gesang), Kapellmeister Fritz Otto (Klavier). Eintrittskarten (für Gäste a 50 Pf.) sind außer an den bekannten Zahlstellen auch in der Amelangschen Buchhandlung, Potsdamerstr. 126, zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Eine Wahlrechtsdebatte im Charlottenburger Stadtparlament.

Am Mittwoch beriet die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung in zweiter Lesung den sozialdemokratischen Antrag auf Erlass des Dreiklassen-Wahlrechts für die Gemeindevertretungen durch das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. Der Ausschuss, dem der Antrag zur Prüfung überwiesen war, war zu folgenden Beschlüssen gekommen: a) das geheime und das gleiche Wahlrecht ist für die Stadtverordnetenwahlen anzustreben. Das allgemeine Wahlrecht soll ohne irgend welchen Censur von allen Bürgern ausgeübt werden, die mindestens ein Jahr in der Gemeinde wohnen; b) das Privileg der Hausbesitzer soll aufgehoben werden; c) der Magistrat soll erucht werden, geeignete Schritte zu unternehmen, um die vorstehenden Beschlüsse zu verwirklichen. Auf Grund dieser Beschlüsse empfahl der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag: „Der Magistrat wird erucht, mit den Vertretungen anderer Kommunen in Verbindung zu treten, um gemeinsam geeignete Schritte bei den gesetzgebenden Faktoren behufs Ersetzung des Dreiklassen-Wahlrechts durch das allgemeine, gleiche, allgemeine, nur andie Bedingung eines einjährigen Aufenthalts geknüpfte Wahlrecht unter Aufhebung des Privilegs der Hausbesitzer bei den Wahlen zur Gemeindevertretung zu unternehmen.“

Genosse Dr. Vorhardt hob als Referent hervor, daß nach Ansicht des Ausschusses die Stadtverordneten-Versammlung zweifellos für die Beratung eines Antrags auf Aenderung des Wahlrechts zuständig sei. Der Ausschuss habe sich einstimmig für die geheime Wahl ausgesprochen, da vermieden werden müsse, daß die Wähler durch öffentliche Stimmabgabe wirtschaftlich geschädigt werden. Von der ursprünglichen Absicht, die Censurwahl einzuführen, seien diejenigen Ausschussmitglieder, die diesen Gedanken propagiert hatten, von selbst wieder abgekommen, nachdem nachgewiesen sei, daß die Zahl der Wähler, die jetzt 34 655 beträgt, sich bei einem Censur von 900 M. auf 29 221, bei einem Censur von 1500 M. auf 18 335 und bei einem Censur von 2100 M. sogar auf 9917 verringern würde. Der Ausschuss fordere ein gleiches Wahlrecht in vollem Umfange und die Beseitigung des Privilegs der Hausbesitzer, das sich als überlebt und schädlich erwiesen habe und um so weniger gerechtfertigt sei, als die Grundstücke, namentlich in Charlottenburg, recht häufig ihren Besitzer wechseln und der Hausbesitzer in heutiger Zeit zu den Gewerbetreibenden gezählt werden müsse.

Wer etwa glaube, daß das Plenum sich der Ansicht seines Ausschusses fügen werde, der sollte durch die Debatte eines besseren belehrt werden. Die liberale Fraktion, die im Ausschuss durch drei Mitglieder vertreten war, von denen zwei — Dr. v. Liszt und Dr. Spiegel — für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt hatten — brachte im Plenum einen nichtsagenden Gegenantrag ein, der den Magistrat erucht, mit den Vertretungen anderer Kommunen in Verbindung zu treten, um gemeinsame Schritte bei den gesetzgebenden Faktoren zu unternehmen behufs Aenderung des Dreiklassen-Wahlrechts bezüglich der öffentlichen Abstammung, des Dreiklassen-Wahlrechts sowie des Privilegs der Hausbesitzer in seiner jetzigen Ausdehnung.

Was die Liberalen wollten, ist aus dem Antrag nicht ersichtlich. Darüber sollte erst die Rede ihres Wortführers, des Stadtv. Otto, Klarheit schaffen. Herr Otto erklärte, daß seine Freunde die Beseitigung der öffentlichen Stimmabgabe und des Dreiklassen-Wahlrechts befürworten, daß sie aber mit einer Ausnahme — (die Herren v. Liszt und Spiegel waren in der Sitzung nicht anwesend) die Uebertragung des Reichstags-Wahlrechts auf die Gemeindevertretungen ablehnen müßten. Besonders warm legte sich Herr Otto für das Hausbesitzerprivileg ins Zeug, das er wohl einschränken, aber beileibe nicht beseitigen will.

Im entgegengesetzten Sinne, der in scharfen Worten den Umfall der Liberalen kennzeichnete, die noch vor wenigen Jahren, als sie nur wenige Mitglieder zählten, Schulter an Schulter mit den Sozialdemokraten im Charlottenburger Stadtparlament gegen die hausagrarischen Bestrebungen gekämpft hatten, jetzt aber, infolge ihrer Waffenbrüderschaft mit den Hausagariern nicht einmal die Beseitigung eines Privilegs zu fordern wagten, das selbst Eugen Richter als veraltet bezeichnet habe. Die Liberalen scheinen eine Einschränkung des Privilegs nur in dem Maße anzustreben, wie ihnen jeweils geeignete Hausbesitzer als Kandidaten zur Verfügung stehen. Redner wies auf das Verschwinden des liberalen Antrags hin, der überhaupt keine positive Forderung enthalte und kritisierte die jämmerliche Haltung, die die Liberalen einnehmen. Daran, die gemeinefährlässigkeit der Hausagariere zu geißeln, wurde er von dem liberalen Vorleser-Stellvertreter Kaufmann gehindert, der den Zusammenhang zwischen dem Privileg der Hausbesitzer und den Bestrebungen der Hausagariere, Reformen auf sozialpolitischem Gebiete zu hindern, nicht einzusehen vermochte.

Die weitere Debatte verlief programmlos. Die beiden andern bürgerlichen Fraktionen, die „Freie Vereinigung“ und die Fraktion „Alt-Charlottenburg“ hielten es nicht der Mühe für wert, ihre Haltung zu motivieren, sie begnügten sich mit der bloßen Stimmabgabe. Nach heftigen, zum Teil sehr erregten Auseinandersetzungen zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten wurde der Ausschussantrag in namentlicher Abstimmung mit 20 gegen die 11 Stimmen der Sozialdemokraten und des Stadtv. Dr. Benzig abgelehnt und hierauf der liberale Antrag angenommen. Daß der Magistrat einem so wenig substantiierten Antrag nicht beitreten kann, ist selbstverständlich. Das wissen auch die Liberalen, denen es einzig und allein darauf ankam, eine Wahlreform zu hindern. Unser Genosse werden dafür sorgen, daß diese neueste Nummer aus dem Sündenregister des Freisinn nicht in Vergessenheit gerät.

Der Lichterfelder Verbrecher sitzt bereits hinter Schloß und Riegel. Zu dem Raubmordversuch an dem 70jährigen Rentier David Hesse in Groß-Lichterfeld-Dorf können wir weiter melden, daß es nach einer gestern (Donnerstag) mittags bei der Groß-Lichterfelder Polizeibehörde eingegangenen telegraphischen Meldung aus Brandenburg a. d. H., dem Geburtsorte des Verbrechers, gelungen ist, den schuldigen Täter Otto Regel dortselbst festzunehmen. Er ist gefänglich und wurde alsbald dem Brandenburgischen Amtsgericht zugeführt. Polizeikommissar Mohr-Groß-Lichterfeld begab sich dorthin, um den Gefangenen in Empfang zu nehmen und in das Untersuchungsgefängnis in Moabit einzuliefern.

Den Plan, den Willensbesitzer Hesse zu berauben, muß Regel seit geraumer Zeit schon verfolgt haben. Nur zu dem Zweck, um Lokalkenntnis zu gewinnen, hat er offenbar vor Wochen Malerarbeit in der Hesseschen Villa, Marienstr. 2a, übernommen, denn nach Aufhabe eines seiner früheren Arbeitgeber war er ein Pfuscher im Malerhandwerk und laum im Stande, die einfachsten Arbeiten dieser Art auszuführen.

Jetzt erklärt sich auch sein Verhalten bei der nächtlichen Scene im Vestibül der Villa. Hierhin hatte ihn der schwerverwundete Rentier, den Leichter mit dem brennenden Licht in der Hand, geleitet, wie Hesse nachträglich äußerte, mit der heimlichen Absicht, dem Räuber beim Verlassen der Hausthür unter dem Schutze der Dunkelheit zuletzt blyhnehmlich einen Fußtritt in den Bauch (nach der sogenannten „amerikanischen“ Manier) zu versetzen. Obwohl nun Regel bequem durch das Vestibül hätte zur Hausthür gelangen können, machte er doch in dem Augenblick, wo das Dienstmädchen die Treppe herabkam, kehrt, durchdrückte nochmals die ganze Flucht der Gemächer und sprang durch das Fenster des Schlafzimmers in den Garten. Denn er mußte fürchten, sofort von dem Mädchen als einer der früher in der Villa beschäftigt gewesenem Arbeiter erkannt zu werden, wogegen Herr Hesse seiner hochgradigen Kurzsichtigkeit

wegen gar nicht wissen konnte, wer sein Feindlicher war. — Dem überfallenen Willensbesitzer David Hesse ging es gestern nachmittags schon erheblich besser und Lebensgefahr erscheint nunmehr ausgeschlossen.

Vermischtes.

Zur Flucht der Prinzessin Luise von Koburg. Die „Humanität“, das Blatt unres Parteinengenossen Laurids in Paris, veröffentlicht nach einem Telegramm von dort einen Artikel von Albert Sidelum, in dem dieser erzählt, daß Prinzessin Luise von Wittmoos bis Sonnabend nach ihrer Flucht in seinem Hause in Berlin geweilt hat, daß sie sich jetzt in vollkommener Sicherheit befindet, ihren Aufenthalt aber erst bekannt geben wird, wenn sie alle Garantien hat, daß sie nicht nach einer Ironie zurückgebracht werden kann. Sidelum, der während des Aufenthalts der Prinzessin in seinem Hause längere Gespräche mit ihr geführt hat, giebt folgendes Urteil über sie ab: „Sie ist eine sehr lebhaft und interessante Frau; meiner Ansicht nach ist sie im vollen Besitz ihrer Geisteskräfte, sie hat sicherlich alle Fehler, die ihrer Geburt und ihrer Erziehung anhaften; sie ist viel zu sehr Prinzessin, um wie alle Welt sein zu können. In jedem Augenblick ihrer Flucht, während deren sie vom Mißgeschick verfocht wurde, hat die Prinzessin bewundernswürdigen Mut und Geistesgegenwart gezeigt. Sie will übrigens weiter nichts haben als ihre Freiheit, alle andern Pläne, die man ihr zuschreibt, wie die Scheidung vom Prinzen Koburg und die Heirat mit Rottasch, sind reine Erfindung, sie ist gläubige Katholikin; um eine Scheidung zu erhalten, müßte sie einen Religionswechsel vornehmen, und daran denkt sie nicht.“

Unser Leser werden begreifen, daß bis dahin, wo es alle möglichen Fährlichkeiten zu überwinden galt, die liebe Neugier unbefriedigt bleiben mußte. Es wird sich nunmehr sehr bald Gelegenheit finden, in dieser Angelegenheit das Nötige mitzuteilen.

Zur Typhus-Epidemie wird aus Detmold berichtet: Die auswärts verbreiteten Nachrichten über die hier herrschende Typhus-Epidemie sind zum Teil unrichtig und übertrieben. Bis jetzt sind 288 Erkrankungen vorgekommen; der größere Teil ist aber nur typhusverdächtig bezw. typhusähnlich. Die einzelnen Fälle sind sehr leicht, und die Krankheit ist im Abnehmen begriffen. Heute morgen sind 12 typhusverdächtige Erkrankungen angemeldet worden. Prof. Emmerich-Rüchgen wird zur Vornahme von Untersuchungen hier eintreffen. Die Krankheit ist wahrscheinlich durch Soldaten aus Friedrichsfelde eingeschleppt worden. Die Untersuchung des Trinkwassers durch das hygienische Institut in Göttingen hat ergeben, daß das Wasser vollständig frei von Typhuskeimen ist.

Ueber einen Feuersbrand wird aus Reutemischel gemeldet: Das im hiesigen Kreise belegene 1021 Einwohner zählende Dorf Bolewitz ist zur Hälfte niedergebrannt. 116 Gebäude sind vollständig zerstört; ein Mann wird vermisst. 180 Familien sind obdachlos. Das Feuer ist gelöscht, seine Entstehungsurache ist noch nicht ermittelt. Man ist im Begriff, Baracken für die Obdachlosen aufzustellen.

Ragdeburg, 8. September. (B. G.) Der Buchhalter Jensen, der auf einer Bank in Kopenhagen 5000 Kronen unterschlug, wurde hier verhaftet. In seinem Besitz wurden noch rund 2000 Kronen gefunden.

Brand eines Kohlenlagers. Aus Essen a. R. wird berichtet: Das ungefähr 20 000 Doppelwaggon umfassende Kohlenlager des Kohlenhändlers an der Eisenbahnstrecke Vortrop-Ostfeld geriet in Brand. Der größte Teil der Kohlen ist verloren.

Duisburg, 8. September. (B. G.) Vor der Strafkammer wurde der Lehrer Engelbert Krülle wegen Sittlichkeitsverbrechens an neun unter 14 Jahren alten SchülerInnen zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Preussisches Volksbildungswesen. Schulunterricht im Ruhstall wird seit einiger Zeit in Waggen im Landkreis Kottbus erteilt, da das alte Schulhaus durch einen Neubau ersetzt wird und geeignete Erfahrungen angeblich nicht zu erlangen wären. Die Thür des eigenartigen Schullokals muß ständig offen bleiben, um etwas Licht hineinzulassen, da die kleinen Fensteröffnungen zertrümmert und die Lücher mit Stroh zugestopft sind. Unser gestrige Kottbus ergänzend, sollen einige Hausväter erklärt haben, daß sie ihre Kinder nicht mehr zum Unterricht schicken würden, wenn kein anderer Raum dazu benutzt würde. Demnach soll das Schullokal durch den Kreisarzt besichtigt werden.

Die Pilgerfahrt der Prinzessin Alice. Während man sich über die Flucht der Koburgerin unterhält, schreibt das „R. W. Journal“ den Skandal der Prinzessin Alice, geschiedene Frau des Prinzen Friedrich von Schönburg-Waldenburg, wieder auf. Diese Affäre spielte bekanntlich in der Hauptsache in Dresden, und sie scheint nunmehr einen tragikomischen Abschluß zu finden. Das genannte Blatt teilt mit:

„Um eine Schuld zu sühnen, unternimmt jedoch ein fürstliches Paar eine Pilgerreise von Sachsen aus zu Fuß nach der ewigen Stadt (Rom). Prinz von Schönburg-Waldenburg hatte sich im Jahre 1897 in Benedig mit der Prinzessin Alice von Bourbon verheiratet. Dort wurde das Paar von dem damaligen Patriarchen Sarto, jetzigen Paps Pius X., getraut. Die Ehe war indes, wie bekannt, keine glückliche und es lag zur Scheidung. Seitdem hat Paps Pius X. allen seinen Einfluß aufgewendet, um eine Auslösung der Geschiedenen herbeizuführen, und das ist ihm denn auch gelungen. Die weitere Folge hierbon ist die nunmehrige Pilgerfahrt des wiederverheirateten fürstlichen Paares nach Rom, um dort vom Paps die volle Absolution zu erbitten. Das fürstliche Pilgerpaar kehrt auf seiner Fußreise in den gewöhnlichen Gasthöfen ein, die es auf seinem Wege vorfindet, und betätigt seine Unfertigkeit auf dem ganzen weiten Weg durch Werke der Wohlthätigkeit, indem es liberal Almosen verteilt. Prinzessin Alice trägt eine schwarze Reisetouille ohne jeglichen Schmuck; als Kopfbedeckung einen schwarzen Schleier. Der Prinz legt den weiten Weg in einem schlichten grauen Anzuge zurück; er trägt gleichsam zur Betonung des Besens seiner Pilgerfahrt eine schwarze Armbinde. Als Fußbekleidung trägt er Sandalen und das Haupt bedeckt ein dunkler Hüßhut.“

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schreibt hierzu: „Die Idee der beiden ist zweifellos originell. Hoffentlich kommen sie nicht zu sehr herunter von der ungewohnten Reise. Die Prinzessin Alice, eine Freundin der ehemaligen Kronprinzessin Luise von Sachsen, war bekanntlich im vorigen Jahre bei Nacht und Nebel aus Dresden geflohen. Damals hieß es, sie sei mit einem Kammerdiener ihres Gemahls durgegangen. Der Waldenburger hatte die Prinzessin, eine Tochter des spanischen Kronprinzen Don Carlos, ihres Geldes wegen betrautet und war deshalb katholisch geworden, weshalb es auch mit seinen Eltern zum Bruch kam. Die Ehe des katholischen Waldenburger war, wie alle diese Ehen, nicht glücklich, die Prinzessin liebte ihren Mann, wie die Prinzessin Luise den Koburger, und so wie diese wandte auch sie ihrem Gemahl den Rücken. Die Scheidung der Ehe Anfangs des Jahres von den Gerichten ausgesprochen worden, die Bemühungen des Prinzen aber, dem Schönen die legitime Abstammung abzuschreiben, ihn also zu einem Posten zu stempeln, scheiterten. Durch die Komfahrt des wiederverheirateten Paares aber ist die Ehetragödie der Waldenburger zu einer lustlichen Komödie geworden. Hoffentlich betragen die fürstlichen Pilger den Paps und den lieben Gott nicht, wie jener Pilger aus dem Volke, der sich auf seiner Fußfahrt noch eine besondere Geißel durch das Gelocknis anfertigt hatte, auf Erben nach Rom zu pilgern. Auf diese Weise kam der Mann jedoch nicht weit; deshalb ließ er sich die Erben locken und erreichte so auch mit dem Drei in den Säulen das Ziel.“

Lyndisjust und kein Ende. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus New York meldet, wurde in Huntsville (Alabama) ein deutscher Hausierer von einem ermorde. Die Regier wurden verhaftet. Hierauf begab sich eine etwa 1000 Personen zählende Menge nach dem Gefängnis um stürmte es. Dabei wurden drei Soldaten getötet. Der Mörder wurde aufgeknüpft.

Konferenz sozialdemokratischer Gast- und Schankwirte.

Am Donnerstag setzte die Konferenz ihre Verhandlungen fort und nahm zunächst die Vorstandswahl vor. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Ewald, zum Kassierer Franke gewählt.

Hierauf begründete Liffin die Notwendigkeit der Schaffung eines Prekorgans, welches die Interessen des Verbandes zu vertreten hat. Die Gründung eines Blattes wurde einstimmig beschlossen.

Ort und Zeitpunkt der nächsten Generalversammlung zu bestimmen, bleibt dem Vorstande überlassen. Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende Ewald die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband der freien Gastwirte Deutschlands.

Verfammlungen.

Die Schlächtergesellen Berlins waren am Montag im großen Saale des Gesellschaftshauses Berliner Muster versammelt. Acht-hundert Personen füllten Saal und Galerien. Da Reslinke nicht erscheinen konnte — er verhandelte mit der freien Vereinigung der Meister, die zu gleicher Zeit bei Feuerstein tagte — hielt Hensel das einleitende Referat über die „Gesellenfürsorge der Berliner Fleischerinnung im Lichte der Wahrheit“.

Was die Einhaltung der gesetzlich festgelegten dreistündigen Arbeitszeit an Sonntagen betrifft, so meinten die Meister: es stünde ja den Gesellen frei, dem Gesetze Geltung zu verschaffen, hätten also gegen eine Demunziation der Meister seitens ihrer Gesellen nichts einzuwenden.

Schlacht- und Viehhof. Wir halten diese Forderung eigentlich für selbstverständlich, da wir es hier mit einem öffentlichen Institut zu thun haben und Berlin der einzige Ort ist, an welchem Sonntags geschlachtet wird. Aber die Innung will sich nur auf dem Wege des Gesetzes oder einer Verordnung zur Beseitigung der Sonntagschlachtung zwingen lassen, da nicht genügende Räumlichkeiten vorhanden seien und der Engros-handel auch Sonntags stattfindet.

Wir waren gegenüber der Innung zu jeder Verhandlung bereit, diese erkennt den Centralverband aber nicht an, da die Gesellen unter sich nicht einig seien. Sie will nur mit dem Gesellen-ausschuss verhandeln. Letzterer hat es aber nicht für nötig gehalten, in der heutigen Versammlung zu erscheinen, er legt sich einfach über die Majorität hinweg; wir protestieren ganz energisch gegen dieses Verhalten.

Kur wenige Meister haben jetzt schon in ihren Betrieben geregelte Verhältnisse, es bleibt uns nichts übrig, wenn ein sachliches Vorgehen nichts nützt, dem Beispiele der Hamburger, Frankfurter und amerikanischen Kollegen zu folgen und zum Streik zu greifen. Nächste Woche sollen weitere 3 Versammlungen stattfinden, in welchen über die weiteren Schritte in der Lohnbewegung Beschlüsse gefaßt werden soll.

Ein Flugblatt, welches die jetzige Situation schildert, gelangte zur Verteilung und es fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der die Versammelten im Interesse aller Schlächtergesellen fordern, daß nunmehr seitens der Regierung bzw. des Bundesrats eine Beschleunigung in der Einführung des gesetzlichen 12stündigen Maximal-arbeitsstages herbeigeführt wird.

Eine Versammlung der Galvaniseure, Hiffarbeiter und Arbeiterinnen fand am 5. September im Gewerkschaftshause statt. Sie war recht gut besucht, besonders auch von Arbeiterinnen, was ein Beweis dafür ist, daß das Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung auch bei dieser bisher nur schwach organisierten Branche der Metallindustrie mehr und mehr Eingang findet.

Marktpreise von Berlin am 7. September. Nach Ermittlungen des I. L. Poligel-Prüfblatts. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**, gute Sorte 17,60—17,88 M., mittel 17,56—17,54 M., geringe 17,52—17,50 M. Roggen**, gute Sorte 13,90—13,80 M., mittel 13,88—13,87 M., geringe 13,86—13,85 M.

Wasserstand am 7. September. Elbe bei Ruffig + 0,77 Meter, bei Dresden + 2,16 Meter, bei Magdeburg + 0,63 Meter. Ucker bei Straußfurt + 0,60 Meter. Oder bei Ratibor + 0,71 Meter.

Witterungsübersicht vom 8. September 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. (Tag- u. Nacht), Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. (Tag- u. Nacht).

Wetter-Prognose für Freitag, den 9. September 1904. Nachts etwas kühl, am Tage wärmer, vielfach heiter, aber veränderlich bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 11. September, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Fischer, Waldstr. 8: Bezirks-Versammlung für Moabit.

1. Vortrag des Genossen Dupont über: „Die nie verlassende Kraft der modernen Arbeiterbewegung“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Sonntag, den 11. September, vormittags 10 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die Bezirksversammlungen statt.

NB. Laut Beschluß der Versammlung vom 28. August soll eine Elternabstimmung über die allgemeine Einführung des Extra-Fonds in allen Bezirken vorgenommen werden, und sind die Kollegen verpflichtet, sich am Sonntag alle daran zu beteiligen, da das Ergebnis der Abstimmung für jeden bindend ist.

Montag, den 12. Septbr., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal II): Kommissions-Sitzung.

85/16 Der Obmann.

Sonntag, den 11. September, vormittags 9 Uhr, im Lokale des Herrn Holzmann, Nichtenbergstr. 21: Ausserordentliche

Branchen-Versammlung der Stellmacher

1. Bekanntgabe des Resultats der statistischen Aufnahme über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Stellmacher. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Kommission.

Dienstag, den 13. Septbr., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 5): Branchen-Versammlung der Jalousie-Arbeiter.

1. Abrechnung vom Vergütungskomitee. 2. Wahl eines Obmannes. 3. Verschiedenes. — Bitte um zahlreichste Beteiligung. Der Obmann.

Advertisement for Lohtannin-Bad, Wallstrasse 70-71, Neu Cölln a. w. 6-8. Includes text about the bath and its benefits for various ailments.

Vereine. Zimmer für 80 und 20 Personen, auch für Gesangsvereine, Neues Pianino, Diskantier, 39. I. Etage, Karl Grosser. (Zwischen Bahnhofs Börse und Alexanderplatz.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-3. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, 11. September, vormittags 10 Uhr, im Lokale von Rube in Borsigwalde, Ernst- und Schubertstrassen-Ecke: Morgensprache

der Mitglieder d. Deutsch. Metallarbeiter-Verbandes aus Talsdorf und Borsigwalde. Die Ortsverwaltung. 130/10

Advertisement for L. Katz & Co. Spandauerstr. 45, am Holkenmarkt. Special-Geschäft sämtlicher Gastwirtsartikel.

Advertisement for Rich. Rosien N., Schwedterstrasse 26. Zur Saison empfehle meiner geehrten Kundschaft mein reichhaltiges Wildelager zur gest. Beschäftigung.

Advertisement for Hausfrauen gebraucht Kondensierte Alpenmilch Nestle. Voller Rahmgehalt. überall käuflich.

Fey's Gesellschaftshaus, Brunnenstraße 184. 711.* Zu Versammlungen u. Vergnügungen empfehle mein Lokal, 500 Personen fassend. Oktober und November noch je ein Sonntagsfest.

Advertisement for Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN. Empfehlen unser helles u. dunkles Tafelbier: Gambrinusbräu (Münchener) Nepomukbräu (Pilsener) Böhmisches Brauhaus NO.

Advertisement for Reederei Nobiling. Große Extrafahrten mit Musik nach Zwickbusch, Berliner Schweiz, Gosener Berge heute Freitag, Sonnabend und Sonntag.

Advertisement for G. Paulat, Landsberger Platz 5. Hauptgeschäft: Gr. Frankfurterstr. 3.

Advertisement for Oderbrucher und Mecklenburger Fett-Gänse. treffen von jetzt ab jeden Freitag und Sonnabend per Eisen ein.

